

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die obergelappte Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269.

Montag, den 16. November 1908.

15. Jahrg.

hierzu eine Beilage.

Die Balkankrise und die Großmächte.

Allem Anschein nach werden die jüngsten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, die definitive Annexion der ehemaligen türkischen Provinzen durch die Habsburgische Dynastie und was des Weiteren darauf gefolgt ist, zu einer neuen Konferenz der europäischen Großmächte und der interessierten Staaten führen, wo die Orientfrage ganz oder teilweise aufgerollt wird.

Da ist es wohl die Mühe wert, die großen Interessen der kapitalistischen Mächte, die da wieder, wie zuletzt in Algieras, beisammensitzen werden, — angeblich, um Schwierigkeiten zu lösen und Konflikte zu beschwören, in der Wirklichkeit aber, um ihre besonderen Interessen zu verteidigen — ein bisschen näher ins Auge zu fassen. Die Regierungen der heutigen kapitalistischen Großmächte haben bei solchen Ereignissen zuerst ein gemeinschaftliches Interesse am Frieden, den sie womöglich alle wahren wollen.

Die Ursachen dieser Friedensliebe bei den heutigen kapitalistischen Großmächten liegen an der Oberfläche. Zuerst ist bei der heutigen Entwicklung des Militarismus einerseits, der Arbeiterbewegung andererseits, der Ausgang eines europäischen Krieges zu unsicher, — keine Großmacht fühlt sich absolut einer anderen oder einer Koalition von andern Großmächten überlegen — ja sogar dem Sieger drohen so furchtbare Gefahren, daß er dem bewaffneten Frieden den Vorzug gibt. Ferner würde ein europäischer Krieg veraltete Massen von Waren und Kapitalien vernichten, daß schon die Furcht vor diesen Verlusten die Kapitalisten und ihre Beauftragten kopfschütteln machen könnte. Diese Furcht der Kapitalisten vor dem Kriege bezieht sich natürlich nur auf Europa: Kolonialkriege bringen der Bourgeoisie, den Kapitalisten und den Regierungen keine Nachteile, sondern im Gegenteil große Vorteile, wenn der Krieg nur örtlich beschränkt bleibt und nicht zu einem Ringen zwischen den Großmächten führt. Kolonialkriege, wie sie z. B. im 18. Jahrhundert zwischen England und Frankreich geführt wurden, wären natürlich heute in der gleichen Form nicht mehr möglich. Die große Masse der Bevölkerung der zwei kriegführenden Kolonialmächte erlitt damals durch den Krieg keinen direkten Nachteil, bemerkte kaum, daß ein Weltkrieg geführt wurde. Heute würde das natürlich ganz anders sein. Ein Kolonialkrieg zwischen zwei oder mehreren europäischen Großmächten würde sowohl zu Lande als auf dem Meere, in Europa so gut wie in den überseeischen Gegenden geführt werden, würde als auch in Europa zu ungeheuren Verheerungen Anlaß geben und die großen Massen der Bevölkerung, der Besitzenden sowie der Nichtbesitzenden, aufs empfindlichste schädigen. Ein Krieg wie der Krimkrieg (1854—1855) wäre heutzutage sogar nicht mehr möglich. Dieser Krieg, der doch gewissermaßen ein europäischer Krieg war, blieb nichtsdestoweniger auf den europäischen Orient beschränkt. Berufssoldaten starben zu Tausenden unter den gräßlichsten Leiden vor Sebastopol, aber die westeuropäische Bourgeoisie, die den Krieg führte, erlitt dadurch keinen Schaden. Sie zahlte, bekam jedoch ihr Geld mit Zinsen zurück und konnte übrigens ein paar wohlfeile Tränen vergießen über die „Greuel“ des Krieges, die Leiden der „tapferen Krieger“ usw. Heute wäre die Sache anders. Ein Orientkrieg, wie der Krimkrieg vor 50 Jahren, würde heute für die westeuropäische Bourgeoisie fast ebenso große Nachteile haben, wie sie der deutsch-französische Krieg für die französische Bourgeoisie hatte, die ja schon im Januar 1871 den Frieden um jeden Preis wollte, während die Arbeiter und die große Masse der Pariser Bevölkerung den Krieg fortzusetzen verlangten.

So ist es denn unschwer zu begreifen, daß heute die Bourgeoisie, daß die kapitalistischen Regierungen im allgemeinen friedfertig sind. Wir brauchen nicht alle ihre Worte darüber für bare Münze zu nehmen und können der Bourgeoisie doch in der Hauptsache glauben.

Etwas ganz anders ist es natürlich, ob die Bourgeoisie oder die Regierung einer kapitalistischen Großmacht, wenn sie z. B. ihre Interessen sehr stark bedroht glauben würde, den Krieg nicht einer Kapitulation vorziehen würde. Auch ist es möglich, daß eine Regierung, die in unentwirrbare innere Schwierigkeiten geraten ist, zum Krieg als letzten Ausweg greift. Wie groß diese Gefahr ist, gerade bei einer Verfassung und in einer politischen Lage, wie in Deutschland, haben die Enthüllungen der letzten Tage wieder einmal bewiesen. Der Halb-Absolutismus, hinter dem die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft feige verbirgt, bedeutet in dieser Hinsicht eine schreckliche Gefahr für die Interessen der Bourgeoisie selbst, geschweige der

großen Masse der Bevölkerung. So lange jedoch eine Regierung wirklich nur die Interessen der Bourgeoisie und nichts anderes vertritt, wie es z. B. in England, Frankreich, Belgien oder Holland der Fall ist, so lange wird sie den Frieden, wenn irgend möglich, zu wahren versuchen.

Die Ereignisse im Südosten Europas haben eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Großmächten zur Folge, und es wird gerade die Aufgabe der Vertreter der kapitalistischen Mächte auf dem kommenden Kongress sein, den Frieden zu wahren und zugleich für ihre besonderen Interessen möglichst viel Profit aus den Wirren und dem Geschehen herauszuwirtschaften. Diese besonderen Interessen der Mächte sind zwar dem allgemeinen und größeren Interesse der Kapitalismus überhaupt untergeordnet, sie treten jedoch desto geräuschvoller und stärker an den Tag, sobald das allgemeine Interesse, in unserm Falle der Weltfrieden, — dem Anschein nach — keine Gefahr mehr läßt.

Betrachten wir also die großen kapitalistischen Gegensätze, die sich auf der kommenden Konferenz entgegenstellen werden, etwas näher, dann fällt uns zuerst die Rolle auf, die der mächtigste Weltstaat des Augenblicks, die England in den Balkanereignissen spielt, wegen der Interessen, die es in der Orientfrage vertritt.

England spielt seit dem Ausbruch der türkischen Revolution und mit besonderem Nachdruck seit der Habsburgisch-Bulgarischen Aktion die Rolle eines wohlwollenden Freundes und Beschützers des Osmanischen Reichs und der jungen türkischen Verfassung.

England, so hieß es in der englischen Presse, besonders in der von edelster protestantisch-pfäfflicher Heuchelei triebenden liberalen und radikalen Presse, aber auch in den türkischen Blättern — England wird nicht dulden, daß Verträge, die Europa bekräftigt, von der Willkür einer einzigen Großmacht (Österreich) zerrissen werden; England wird die Türkei wahren vor weiteren Anschlägen auf ihr Gebiet und die kürzlich begründete junge Freiheit. England wird zeigen, daß die Türkei, die „freie“ Türkei, in der schwierigen Lage wenigstens einen wahrhaftigen Freund besitzt. Welche Wirklichkeit verbirgt sich nun hinter diesen Phrasen?

Die Wirklichkeit, daß Englands herrschende Klasse die Gelegenheit benutzt, um die Aufmerksamkeit der Türkei und der Islamiten im allgemeinen durch eine gutgespielte Entrüstung, die absolut nichts, und eine Flottendemonstration, die sehr wenig kostet, von der britischen Politik, der Türkei gegenüber, der vergangenen wie der zukünftigen, abzulenken.

Zur vergangenen Politik in den letzten Jahren gehört u. a., daß England Cypern geschluckt hat als „Kompensation“ für seine guten Dienste beim letzten russisch-türkischen Krieg, daß England Ägypten besetzt hat und daß es durch diesen Raub den Seeweg nach Indien gänzlich in seinen Besitz bekommen und durch die Eroberung des ägyptischen Hinterlandes neben Frankreich auch in Nordafrika die vorherrschende Macht geworden ist, sodas sich das englische Gebiet nun von Kapstadt bis Kairo erstreckt. Das Ziel der britischen Politik aber ist, daß England in irgend einer Form sich Arabiens bemächtigt, ein Ziel, dem der britische Imperialismus seit Jahren zustrebt. Denn: ist dies Ziel erreicht, so hat das britische Reich in zweierlei Hinsicht eine gewaltige Kräftigung erfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die Besprechung der Interpellationen über Krise und Arbeitslosigkeit fort. Der strebsame Reichsverbändler und Antisemit Boehm feierte brünstig die Schutzpolitik, zetzte über sozialdemokratische Verheerung und jammerte herzerweichend über die Landflucht. Dennoch stand seine Rede nicht auf einem so tiefen Niveau, wie die des sattsam bekannten eingebildeten agrarischen Marktschreiers Friedrich Hahn. Herr Boehm hatte immerhin noch eine soziale Forderung, wenn auch nur der Industrie gegenüber, erhoben; für Dieblich Hahn aber, dem wohlbezahlten Angestellten der Junker, ist die ganze Arbeitslosenversicherung nichts als eine Prämie auf Faulheit. Für die Selbstgefälligkeit des unreinwilligen Humoristen ist es bezeichnend, daß er mit köstlicher Naivität der Überzeugung Ausdruck gab, die Kaiserdebatte von neulich wäre anders ausgefallen, wenn er nicht unglücklichweise den Schnupfen gehabt hätte. Von Herrn Hahn läßt sich nichts anderes erwarten; aber festgenagelt muß doch werden, daß ein Arbeitersekretär, freilich Stöckerischer Salbung, Herr Behrens, in das hohe Lied zum Preise des Schutzzolls einstimmt, den zu feiern griff der Zentrumsmann

Becker-Ursberg in die Seiten seiner Leier. Von bürgerlicher Seite sprang nur Herr Gothein für den Freihandel in die Schranke. Der Pole Brejski akzeptierte als einziger nichtsozialistischer Redner das Prinzip der Arbeitslosenversicherung und warf einen Seitenblick auf den von byzantinischen Gepflogenheiten glücklicherweise stark abweichenden Empfang, den die Arbeiter von Hamm dem zweiten Sohne Wilhelms II. bereitet haben.

Von unserer Fraktion sprachen Genosse Severing und Genosse Sachse, der erste ziemlich zu Anfang, der zweite am Schluß der Sitzung. Genosse Severing wies die billigen Freihandelsargumente der Liberalen gegen den Sozialismus zurück, kritisierte scharf die unerhörte Schwäche der Regierung gegenüber den Pflichtvergessenheiten der Zechenverwaltung und zeigte, wie schlecht begründet die Forderungen sind, die der Staatssekretär aus willkürlich ausgewählten und optimistisch ausgelegten Ziffern zieht, um Krise und Arbeitslosigkeit als möglichst harmlos hinzustellen. Genosse Sachse deckte den vorlauten Hahn zu, der u. a. wiederum einmal nicht gewart durch das Schicksal zahlreicher parlamentarischer Vorgänger über die Wohlfahrtseinrichtungen der Firma Krupp gekräftigt hatte. Genosse Sachse ging ferner auf die schreckliche Grubenkatastrophe ein. Seine scharfen Ausführungen über die wahren Ursachen dieser Katastrophe waren nicht nach dem Geschmack der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, deren Vertrauensmann auf dem Präsidentenstuhle ihn zweimal unterbrach. Die Fortsetzung der Besprechung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt, an welchem Tage die Debatte über das Syndowische Steuerbuckel beginnt. Und zwar über das ganze auf einmal, nicht wie Gen. Singer vorschlug, über jede einzelne Steuerpflanze. Die sind bei genauer Betrachtung auch gar zu schön.

Ministerversantwortlichkeitsgesetz.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat das Gesetz, betreffend die Ministerversantwortlichkeit, im Reichstage eingebracht. Die wesentlichsten Bestimmungen lauten: Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung ist einzufügen:

Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Viele Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

Artikel 17 b.

Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorzüglich oder grob jahrlänglich seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17 c.

Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstage gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Artikel 17 d.

Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu 12 Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Macht er von diesem Rechte nicht in vollem Umfange Gebrauch, so ist durch Auslosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Die bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17 e.

Von der Beschlußfassung des Reichstages über die Erhebung von Anklage bis zur Beendigung des Verfahrens ist der angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendiert.

Artikel 17 g.

Im Falle der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Außerdem kann nach Beschaffenheit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafgesetze vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17 h.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstages ausgeübt werden.

Artikel 17 i.

Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Erlass des Schiedens belangt werden, den er: 1. durch Anweisung einer vom Reichstage nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstages nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder 2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

Wenn es den bürgerlichen Parteien ernst ist mit der Beilegung des persönlichen Regiments, dann müssen sie dafür eintreten, daß dieses Gesetz so rasch als möglich im Reichstage beraten wird.

Der Bundesrat und das persönliche Regiment.

Der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, der seit Beginn des Reichs meist ein rein behandelndes Dasein geführt hat und das letztmal vor etwa drei Jahren aus Anlaß der Marokkoaffäre em-berufen worden ist, trat Donnerstag nachmittags 4 Uhr im Reichskanzlerpalais zusammen und tagte bis 8 Uhr. Natürlich waren die Beratungen geheim; es braucht auch das Volk zu wissen, wie über jene Geschichte bestimmt wird. Über einiges sickert doch durch. Die Offiziellen ver-sicherten zunächst, die Einberufung des Ausschusses sei schon vor der Intervention in die geplante gewesen. Aber wie mehrere Blätter mitteilen, soll sich der Bundesrats-ausschuß, der alle schwebenden Fragen nicht nur der aus-wärtigen, sondern auch der inneren Politik, insbesondere auch die Krisis eingehend und gründlich erörterte, eben-so einmütig auf die Seite des Fürsten Bülow gestellt haben, wie es das Staatsministerium am Tage vorher getan habe.

Weiter wird noch berichtet: In der ziemlich lebhaften Sitzung des Bundesratsauschusses haben die Vertreter der Bundesstaaten Einspruch gegen die Kundreisepolitik erhoben, wie sie seit Jahren üblich ist. Sie haben den entschiedenen Wunsch geäußert, der Kaiser und die Leiter der auswärtigen Politik möchten nicht dauernd aus ver-schiedenen Weltgegenden regieren. Sie haben auch über das viele Festfeiern einige Bemerkungen gemacht und haben den Fürsten Bülow er-sucht dem Kaiser diese Wünsche der Bundesstaaten zu übermitteln.

Wenn Bülow heute wirklich mit diesen Forderungen zum Kaiser nach Kiel geht, kann sich allerhand ereignen. Denn Wilhelm II. betrachtet das Reisen und Festfeiern als eine besonders wichtige Regierungstätigkeit. Und seine Sammlung wozu sich nicht bessern, wenn er hört, daß wie ein Berliner Blatt berichtet, die bayerische Regierung bestimmte Garantien vom Kaiser verlangt, daß dem Kaiser künftig derartige Krisen erspart bleiben.

Die „Kreuzzeitung“ fleht den Himmel an, daß er dem Kaiser die Kraft geben möge, seiner eigenen Per-sönlichkeit Schranken aufzuerlegen. Dann würde die Ge-schichte ihn mit dem höchsten Kranze krönen, bestimmt für Heiden, die sich selbst überwinden.“

„Abfahrt Bülow“! — „Cajablanca“!

Mit diesen Rufen wurde Bernhard Bülow, S. M. getreuer Hausdiener, von einer großen Volksmenge empfangen, als er beim Reichstage vorüber, um dort sein kaiserliches Herr zu decken. „Lass mich aus die er-impulsive Kundgebung der Volkseele die richtige Schluß-folgerung zieht, dann müßte er sofort sein Bündel schnüren und seine kündigungslöse Entlassung nehmen. Bülow aber ist ein Kleber und er wird auch dann bleiben, wenn sein Herr, der jetzt gar nicht gut auf die Volkstribunen und auf Bülow zu sprechen sein soll, am heutigen Montag, dem ersten Zusammentreffen nach den Reichstags-erörterungen, etwas kugnädig mit ihm verfahren sollte. Ein braver Hausdiener läßt sich auch so etwas bieten!

Bülow muß noch warten.

Der Chef des Militärkabinetts, Graf v. Hülsen-Haeseler, ist in Donauweichingern plötzlich gestorben. Darauf hat Wilhelm II. seinen Plan geändert und fährt heute nicht nach Kiel. Nun muß Bülow mit seiner Ent-schuldigungsrede noch länger schwanger gehen. Armer Bernhard!

Zu viel geschöft.

In einer Vorstandssitzung des Vereins der freisinnigen Volkspartei in Dresden wurde folgende Resolution ange-nommen:

Der Verein ersucht die Fraktion mit aller Ent-schiedenheit dahin zu wirken, daß bei der Erörterung über das sog. Kaiserinterview die Notwendigkeit einer Abänderung des ganzen Regierungs-Programms und der Schaffung einer wirklichen Minister-verantwortlichkeit zur Sicherung gegen das persönliche Re-gime unter den gegenwärtigen Umständen mit der unbeding-tigsten nötigen Schärfe zum Ausdruck gebracht werde. Der Verein erklärt ausdrücklich, daß die Bewilligung irgend welcher Mittel an das gegenwärtige Regime mit den freisinnigen Grund-sätzen unvereinbar erscheint und geeignet wäre, die Partei im Volke erheblich zu schädigen.“

Man achte auf die parlamentarischen Taten des Streikhaus und vergleiche sie mit diesen Ansichten aus dem Volke.

Ein vorbehafteter Regierungsvertreter.

Herr v. Riberlen-Wächter ist ein Spezialfall. Er hat am Mittwoch den Reichstag zu Kranen gerührt durch den Eier, mit dem er die Ladellosigkeit der Regi-stranten des Auswärtigen Amtes verteidigte. Man merkte sofort, daß ein großer Geist eine wichtige Debatte an das Niveau seiner eigenen Weltanschauung emporge-hoben hatte und der Eier war so schlagend, daß man sich in eine Offenbachsche Operette versetzt fühlte. Riberlen-Wächter ist ein Lieblingsdiplomate Wilhelms II.

Der Reichstag hat aber nicht recht getan, als er Herrn v. Riberlen bloß ironisch nahm. Denn dieser Herr v. Riberlen-Wächter ist nicht bloß ein Spezialfall, sondern er ist auch ein Kriminalfall. Als dieser Herr noch als Geheimrat Legationsrat und Freund Eulenburgs und Hoffsteins in Berlin lebte, im Jahre 1894, hatte er mit dem Redakteur Wolstorff vom „Klabberadatsch“ ein Duell, wobei er seinen Gegner durch die Lunge schoß.

Wenn ein armer Teufel sich in etwas versehen hat, so wird er unter Polizeiaufsicht gestellt und mitteillos von jeder Brotstelle davongejagt. Ein großer Herr kann, wenn er mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, immer noch als Regierungsvertreter der gegebenden Körperschaft des Reiches entgegengestellt werden.

Der Spezialfall Riberlen-Wächter ist ein Akt der Verhöhnung der Gesetzlichkeit durch das System des persönlichen Regiments, und dementsprechend verdient er auch künftig im Reichstag be-handelt zu werden!

Wir marschieren!

Einen glänzenden Wahlsieg errangen unsere Genossen im Wahlkreise Kaiserslautern. Gewählt wurde Genosse Hoffmann, Lehrer a. D., mit 5755 gegen 3467 liberale Stimmen. — Die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung in der Hauptstadt des Herzogtums Sachsen-Altenburg, Altenburg, die am Freitag, Statifanden, brachten der Partei einen glänzenden Sieg. Es standen 5 Sätze zu Wahl. Die bisherigen bürgerlichen Vertreter haben — unter Leitung des Reichsverbandsagenten Mertens — eine schwere Niederlage erlitten. Unter starker Wahlbeteiligung siegte die sozialdemokratische Liste mit 1571 bis 1886 Stimmen. Die bürgerliche Liste bekam 1129 bis 1216 Stimmen. Die Zahl der einge-schriebenen Wähler betrug 3695. Gegenüber der Wahl vor zwei Jahren, wo die Partei mit 50 Stimmen unter-lag, hat die Sozialdemokratie um 636 Stimmen zuge-wonnen. Die bürgerlichen Gegner haben gegen 100 Stimmen verloren. Diese Niederlage geht wesentlich auf Kosten des Reichsverbandes. Zahlreiche bürgerliche Wähler haben aus Ekel vor der Kampfesweise des Reichsverbandes den sozial-demokratischen Kandidaten gewählt.

Die Krise im Flottenverein.

Die beiden Vorsitzenden des bayerischen Flottenvereins, Regierungsrat v. Braun und Oberstleutnant v. Spieß haben ihren Rücktritt erklärt.

Die Revolution der Gebildeten.

Generaloberst von der Goltz sprach dieser Tage im Offizierskasino der Kriegsakademie zu Berlin über die Umwälzung in der Türkei. Es handelt sich bei der Neu-gestaltung der inneren Verhältnisse um das seltene Beispiel einer „friedlichen Revolution durch die Ge-bildeten“. Abdul Hamid, im Grunde „ein warmer Freund“ seiner Untertanen, stellte sich rasch ent-schlossen an die Spitze der Bewegung. Diese „ideale Art der Umwälzung“ läßt eine glückliche Zukunft des Reichs erwarten.

Nun wird auch schon der Sultan, der türkische Schläch-ter seiner Völker, auf dessen Konto die jahrelangen türch-terlichen Missetaten unter den Armeniern fallen, zu einem „warmen Freund seiner Untertanen“ gestempelt. Und es ist selbstverständlich wieder ein Deutscher, der das fertig bekommt.

Schweiz.

Das Schicksal Wassiliw's. Der Genfer „Peuple“ veröffentlicht einen Brief von einem Advokaten in Pen'ra, dem folgendes zu entnehmen ist: „Für den Augenblick ist das eine sicher, daß Wassiliw nicht vor die Ge-richtswesen gestellt wird, sondern vor das Ordnungs-tribunal von Saratow, das im November in Penfa Sitzung hält. . . Es ist selbstverständlich, daß für Wassiliw das Schworenengericht viel vorteilhafter wäre, da die Möglichkeit eines Freispruches vorläge. Aber nach der schrecklichen Bekand'ung, die Wassiliw im Gefängnis erleidet, ist es wünschenswert, daß er sobald wie möglich adjuvante werde.“ Es wäre nun Pflicht der Schweiz, einzugreifen, da die Auslieferung Wassiliw's doch unter der Bedingung erfolgte, daß er vor den ordentlichen Richter gestellt werde. Wird der Bundesrat aber sich rühren? Wir bezweifeln es, denn nur gegen Hilflose ist er energisch, während er den Mächtigen gegenüber sich nicht rührt. Diesen Zug trägt ja die ganze schweizerische Politik.

Rußland.

Verurteilung sozialdemokratischer Abgeord-ner. Dieser Tage fand in Petersburg die Fortsetzung der elenden Gerichtskomödie statt, die vor einem Jahre zum Zweck der Verurteilung von 27 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma inszeniert wurde. Auch diesmal wurde gegen die Genossen Schidelew, Surabow, Komar und Salihom, die das Unglück hatten, im Verlauf des letzten Jahres in die Hände der Zarenhütern zu fallen, die Anklage erhoben, daß sie „unter dem Namen der sozialdemokratischen Dumafraktion eine verbrecherische Gemeinshaft (!) gebildet hätten, deren Aufgabe es war, die in Rußland bestehende Staatsordnung gewaltam umzuwerfen und an ihrer Stelle die demokratische Republik einzuführen.“ Der Bestand des Befonderen Gerichtshofes des Senates, vor welchem der Prozeß verhandelt wurde, war derselbe geblieben, wie im vorigen Jahre. Es fungierten: als Vorsitzender der Senator Barwarin und als Beisitzer die Senatoren Wuitisch, Smoljanski, Klingenberg und Garin — alles eine auserleiense Gesellschaft, bekannt durch ihre frühere Tätigkeit im Polizeidepartement oder an Gouverneursposten. Die Anklage lag in den be-währten Händen des Petersburger Staatsanwalts Kam-pischanski. Die Verhandlung verlief ebenso wie während des Hauptprozesses. Die Angeklagten verlangten, daß sie als Auserwählte des Volkes, öffentlich gerichtet werden, und als ihnen diese Forderung abgelehnt wurde, verließen sie (mit Ausnahme Komars, der es vorzog, der Verhandlung beizuwohnen) den Sitzungs-saal. Hinter verschlossenen Türen, in Abwesenheit der Angeklagten und ihrer Verteidiger wurde die Komödie zu Ende geführt und das vorgezeichnete Urteil gefällt: 5 Jahre Zwangsarbeit für Salihom und

Schidewow, 4 Jahre Zwangsarbeit für Surabow, lebenslängliche Anstaltung in Sibirien für Komar.

Serbien.

Kritische Situation. Aus Belgrad meldet die „Post. Ztg.“: Trotz der Ratschläge der Mächte ist die hiesige politische Lage fortwährend sehr düster. Die Stimmung gegen den Verbleib des Königs Peter auf dem Throne ist im Wachsen begriffen. In hiesigen diplomatischen Kreisen will man eine Katastrophe für den nahen Moment voraussehen, wo die nicht mehr aufhaltbaren finanziellen Schwierig-keiten offenkundig werden. Man glaubt bestimmt, daß dann die Thronentsetzung des Königs Peter freiwillig erfolgen oder erzwungen werden wird. — „Post Parisien“ meldet, daß die Vertreter Frankreichs, Eng-lands und Rußlands den in Belgrad kürzlich angekün-digten Schritt unternommen und der serbischen Regierung dringend Besonnenheit und Mäßigkeit angeraten haben.

China.

Die Nachricht von dem Tode des Kaisers Kwang-hu bestätigt sich. Die Kaiserin Witwe liegt im Sterben. Wie es heißt, ist bereits von letzterer ein Thron-nachfolger ernannt. Der neue Herrscher ist natürlich auch „von Gottes Gnaden“!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 16. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmer-meisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Bauhütte Eickendorff der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Wädel, Jackenburger Allee Nr. 51, Pabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Künshausen Nr. 21—23, Grünmühle in der Hafenstraße, Siebbau Markt, Kallenhof bei Schwertau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Siebbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Höpner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten Wädel und Pabs im Künshausen und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kom-menden Montag, abends 6 Uhr, statt.

Zur Beachtung beim Frostwetter! Bei anhaltendem Frostwetter können leicht Rohrbrüche in den Haupt-gasleitungen auf der Straße eintreten, wobei das ausströmende Gas, weil es durch die gefrorenen Straßendecke nicht erweichen kann, durch Elektro- und Wasserrohrgräben und lockere Bodenschichten in die benachbarten Hausgrund-stücke übertritt. Solche Gaseströmungen sind jedoch mit großen Gefahren für die Bewohner der betreffenden Grund-stücke verknüpft und ergeht deshalb hiermit an das Publikum die dringende Aufforderung, von allen in den Häusern wahrnehmbaren Gasgerüchen an zuständiger Stelle sofort Meldungen zu erhalten. Räume, in denen Gasgeruch bemerkbar ist, sind zu lüften, dürfen mit Licht nicht betretet werden und sind für den Aufenthalt von Personen ungeeignet. Meldungen nehmen entgegen: das Gaswerk, L. Waislinger Allee 9, das Elektrizitätswerk, Mengstr. 26 und die Laternen-wärterweche, Mengstr. 4. Meldungen werden außerdem in Schwartau beim Gasmeister Blöcke, in Trademünde beim Gasmeister Speckhahn, in Schlutup beim Gasmeister Glauchen entgegen genommen. — Um einem Ein-srieren der Wasserleitungen vorzubeugen, pflegen viele Hausbesitzer und Mieter — den gesetzlichen Vorschriften zuwider — durch Offenstellen der Zapfhähne und sonstigen Vorkehrungsmaßnahmen das Leitungswasser ablaufen zu lassen. Dadurch kann die Sicherheit einer ungestörten Wasser-versorgung ernstlich gefährdet werden. Um die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Auf-forderung im öffentlichen wie im eigenen Interesse, die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welchen eine begründete Beforgnis wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Hauptablauf derselben für die Dauer der Nacht abzuschließen und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren.

Die Verhandlungen des Schwurgerichts finden statt: Heute, Montag, den 16. November, gegen 1. den Kanziisten Johann Heinrich Friedrich Dohrmann von hier, wegen Unterschlagung, Verbrechen und Vergehen im Amte, 2. den Arbeiter Heinrich Fritz Bieuer aus Gauenitz, wegen Sitten-verbrechens, Dienstag, den 17. November, gegen 1. den Schmied Ernst Wilhelm Emil Schröder aus Pen-Bränken, wegen Sittenverbrechens, 2. gegen den Handlungsgehilfen Karl Kurt Schäffer aus Jauer, wegen Urkundenfälschung und Betruges, Donnerstag, den 19. November, gegen den Ar-beiter Albert Ludwig Friedrich Schröder aus Wüström, wegen Brandstiftung, Am Freitag, den 20. November, gegen den Eisenendreher Fritz Joachim Johann Heinrich Wendt aus Herrnhagen, wegen Vergehens gegen § 49 a des Str. G. B. und Meineids. — Zum Vorsitzenden ist Landgerichts-Direktor Dr. Lemmer ernannt. Vertreter des Vorsitzenden ist Land-gerichtsrat Schröder.

Die Not der Zeit. Den Offenbarungseid leisteten hier-selbst im Monat Oktober 16 Personen, darunter drei Frauen; eine Frau berief sich auf einen bereits früher vor einem auswärtigen Gericht geleisteten Offenbarungseid.

Markthalle. Wegen des Fuß- und Bettages findet der nächste Hauptmarkttag am Dienstag, den 17. d. Mts., statt. Die Markthalle wird an diesem Tage auch abends von 5—8 Uhr geöffnet sein.

Handelsregister. Am 13. November 1908 ist bei der Firma F. G. 11010 in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen. Am 13. November 1908 ist eingetragen: die Firma August Schmachtel in Lübeck, Inhaber: Kaufmann August Friedrich Wilhelm Edmundaedel in Lübeck.

Güterrechtsregister. Am 10. November 1908 ist bezüg-lich der Ehe des Arbeiters F. G. Klinkrad und seiner Ehefrau, Uhr. W. geborene Schwarz, geführte Ehefrau, in Echondöben, eingetragen: Der Mann hat das Recht seiner Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Ver-schäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, auszu-schließen.

pb. Festgenommen wurde ein Bäckerknecht, der sich der Unterschlagung von Geld zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig machte.

pb. Steckbriefung. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Mocholow, der seitens der königlichen Amtskammer in Ebernforde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Beleidigung steckbrieflich verfolgt wird.

pb. Unfug. Bei den Subbrücken ist eine hohe schattliche Karre abhanden gekommen und vermutlich von einem Unbekannten benutzt und nicht wieder zurückgebracht worden. Der Boden der Karre ist defekt und mit einer Eisenplatte ausgekleidet.

pb. Wem gehören die Damenstiefel? Anfang vorigen Monats hat ein Diensthilfe auf dem hiesigen Bahnhofs ein Paar neue Damenstiefel besser Qualität gefunden. Die rechtmäßige Eigentümerin wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 13. d. Mts., gegen 7 1/2 Uhr abends, ist am Postgebäude ein Fahrrad, Marke „Erders Greif“, mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4114, schwarzem Gestell, ebenholzigen Felgen und gerader Lenkstange, gestohlen worden.

pb. Feuerlärm. Gestern abend gegen 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Breitelstraße 95 gerufen. Hier war im Keller eine mit Unrat gefüllte Tonne in Brand geraten, und zwar vermutlich durch unvorsichtiges Hineinschütten von heißer Asche.

pb. Ein diebischer Hausdiener. Auf Grund einer Requisition der königlichen Staatsanwaltschaft in Altona wurde ein Hausdiener wegen Diebstahls festgenommen.

pb. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Gefangenenerbreitung wurde ein Schlachter aus Stockelsdorf festgenommen.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen finden in Lübeck im Restaurant Wockenhof (Burgfeld) statt am Dienstag, den 17. November, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahrgangsklassen 1905, 1906 und 1907 und vom Jahrgang 1896 diejenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1896 eingetretten sind; ferner die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen der Spezialwaffen. Zu den Spezialwaffen gehören: Räger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Montiere, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Trinaufsichtspersonal, Trainsgemeine, Trainсолдаты, Pferdewärter, Militärärzte, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenhelfer, Weillische, Unterapotheker, Unterweterinäre, Fahrens- und Beschlagschmiede, Unterzahlmeister, Zahlmeisteraspiranten, Bleichenergehilfen, Waffenmeistergehilfen, Ökonomiehandwerker und Arbeitsoldaten. — Am Dienstag, den 17. November, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Gardemannschaften der Jahrgangsklassen 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907 und 1908, einschließlich der von Gardetruppenteilen zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen.

In das Reich der schwarzen Diamanten wird uns der Vortrag des Herrn Richard Laube, den er am Dienstag im Vereinshaus halten wird, einführen. Der Vortrag schildert eine Wanderung in einem Steinkohlenbergwerk 300 Meter unter der Erdoberfläche. Wir werden den Ursprung, das „Wackjen“ der Steinkohle erfahren, das Suchen nach Steinkohlenfeldern mitemachen, dann sehen wir auch den kolossalen Betrieb und die Einrichtungen eines Bergwerkes „über Tage“. Nun beginnt die Seilfahrt, und in einer atembeklemmenden Gleichschwindigkeit fassen wir mit dem Förderkorb hinab in die schwarze Tiefe. Hier beginnt, angestrichelt mit Bergmannsfolklore, eine Wanderung durch die Stollen und die ganze innere Einrichtung eines Kohlenbergwerkes, die Gewinnung der Steinkohle und nicht zum wenigsten die gefährliche Tätigkeit der Bergleute wird uns in Wort und Bild vorgeführt. Die bildlichen Darstellungen (Blickaufnahmen) konnten oft nur unter den schwierigsten Umständen hergestellt werden. Bis zu 100 solcher Lichtbilder werden den Vortrag illustrieren. Die Vorleser des Vortrages, welcher nur nach eigener Anschauung keine Lichtbilderporträts bearbeitet, bürgt für einen genussreichen und lehrreichen Abend. (Siehe Ziffer in heutiger Nummer.)

Geselliger Ausstellungen. Morgen Dienstag morgens 10 Uhr findet die Eröffnung der zweiten großen Geselliger Ausstellungen des Geselligerzweigs St. Lorenz in sämtlichen Räumen des Kongresshauses statt. Gleichzeitig ist auch eine Geselliger-Auktion von Raffinierter hiermit verbunden. Die Ausstellung ist am Dienstag von morgens 10 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet. Am Mittwoch (Bußtag) von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, am Donnerstag von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Hansa-Theater. Am heutigen Montag tritt wieder ein Personalwechsel ein und eine neue Künstlergarde wird sich während der zweiten Hälfte des November zeigen. Es ist der Direktion gelungen, die hier bereits bestens bekannte Soubrette Grete Gallas zu einem kurzen Gastspiel zu verpflichten. Sie ist bekanntlich eine der besten Variete-Soubretten, die es gibt. Weiter ist eine seltene Attraktion, die Emil Solbrig's Automaten Compagnie, die eine groteske Komik entwickelt. Als Humorist wird sich Paul Coradini hören lassen, der in seinem Genre ohne Konkurrenz da steht. Auch die Titrolenne Gisela Komradt und die Berg-eiger Brothirs Namings, die ein für Lübeck völlig neues Instrument, die Bambusorgel spielen werden, dürfen ihren Beifall finden. Diese Orchestriert in vorzüglichster Weise menschliche Stimmen. Eine Diessnummer der Madame Omweda mit kleinen Sünden, Anna Wallenda als Equilibristin auf rollender Kugel und die akrobatischen Spitzenanzwärtinnen Valenciera werden eine angenehme Bereicherung des Programms bilden, das sicher sodann wieder angenehme Stunden bereiten wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag erscheint zur Nachfeier des Geburtstages Schillers das Meisterwerk „Wilhelm Tell“ in sorgfältigster Inszenierung auf dem Spielplan. In den Hauptrollen sind die Damen Brandes, Kiemer, Walter, Hent, Koehne, sowie die Herren Holheim, Stahl-Nachbaur, Hhinf, Lassen, Meynadier, Kalbeck, Albert beschäftigt. Die Inszenierung des Wertes liegt in den Händen des Herrn Intendanten Rutzscholdt. — Am Mittwoch (Bußtag) bleibt das Theater geschlossen. — Donnerstag kommt die Operetten-Novität „Ein Walzertraum“ zum 3. Male zur Aufführung. In den weiteren Aufführungen von „Walzertraum“ werden die Partien der Prinzessin und der Franz abwechselnd von den Damen Barchi und von Schend sowie Hil. Klerwin und Hil. Scheuren gesungen.

Gronsförde. Volksversammlung. Die politische Lage und die Reichsfinanzreform, über dieses Thema sprach hier am gestrigen Tage Gen. Th. Schwarz-Lübeck in einer gut besuchten Volksversammlung. Den Ausführungen des Redners, sowie denen des Gen. Weyers, der noch kurz in der Diskussion sprach, wurde lebhaft zugehört. Mit einem Hoch auf die völkervertreibende Sozialdemokratie fand die Versammlung ihren würdigen Abschluss.

Schlump. Volksversammlung. Die am letzten Sonnabend hier stattgefundene Volksversammlung erfreute sich einer zahlreichen Zuhörerschaft. In circa zweistündiger, wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochener Rede zer-

spaltete Genosse Th. Schwarz-Lübeck mit beifolgender Fronte das „Persönliche Regiment“ und die dadurch geschaffene unheilvolle Situation in allen Kulturstaaten. Zur Reichsfinanzreform übergehend, zeichnete Redner ein klares Bild von der ungeheuren Schulden- und Pumpwirtschaft des Deutschen Reiches, hervorgerufen durch die wahnwitzig gesteigerten Ausgaben für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik, was Redner zahlenmäßig belegte. Und nun trotz Krise, Arbeitslosigkeit und Massenarmut eine abermalig geplante Belastung des arbeitenden Volkes durch Millionen neuer, indirekter Steuern, und alles dies, trotz des Milliardenlegens, den die besitzende Klasse einheimisch, derselben Klasse, die stets mit ihrem „Patriotismus“-Brumme immer aber dann verläßt, wenn es gilt, die Reichsfinanzen zu sanieren. Gegen ein solches kulturfeindliches Gebaren müßte auch der letzte Mann zum Kampf aufgerufen, zum nachhaltigen und wirksamen Protest aufgefordert werden. — Mit einem energiegelichen Appell für den völkervertreibenden Sozialismus schloß Redner seine Ausführungen. In der Diskussion sprach noch Genosse Weyers kurz im Sinne des Referenten, ebenfalls zur intensiven Abwehr und Agitation anfeuernd.

Schwartz. Daß die Frauenbewegung hier im steten Fortschritt begriffen ist, bewies die hier Freitag abend stattgefundene Frauenversammlung. Zahlreiche Frauen waren erschienen, den Vortrag des Genossen Schneiders-Lübeck: „Arme Kinder“ zu hören; die Schilderung des Referenten von all dem Elend, welchem die Proletarinder ausgesetzt sind, trotz des Kinderschutzgesetzes, bewog die Genossin Len, die Frauen aufzufordern, es nicht beim Hören zu belassen; die Pflicht als Mutter dieser Kinder gebieten es ihnen, der Ausbeutung der Kinder vom zartesten Alter an ein Halt zu gebieten durch stete Agitation gegen das herrschende und ausbeutende Kapital. Mehrere Aufnahmen wurden für die Partei gemacht.

Neufeld. Wahlvorschlagslisten. Die auf Grund des Statuts über die Verhältnismachen zur Gemeinderatswahl 1908 einzureichenden Wahlvorschlagslisten können von jetzt ab bis zum 22. November d. J. bei dem Unterzeichneten eingebracht werden. Es sind 7 Mitglieder zu wählen, von denen mindestens ein mit einem Grundbesitz von wenigstens 5 Hektar sein muß und mindestens 4 Hausbesitzer sein müssen, die mit wenigstens 6 Mk. zur Grundsteuer angelegt sind. Die Wahlvorschlagslisten dürfen also höchstens 7 Namen enthalten. Jede Liste muß unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters von mindestens 10 Stimmen unterzeichnet sein.

Seeretz. Eine gut besuchte Volksversammlung tagte hier gestern abend im Lokale des Herrn Fröhme. Das persönliche Regiment und die Reichsfinanzreform behandelte in eingehender Weise Genosse Stellung-Lübeck, über die bevorstehende Gemeinderatswahl sprach Genosse Müller-Seeretz, der zur regen Agitation zu den Wahlen aufforderte.

Moorgarten. Eine Volksversammlung findet hier am Dienstag, den 17. November, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Heim statt. Redakteur Ludwig-Lübeck wird über die politische Lage und 500 Millionen neue Steuern referieren. Zahlreicher Besuch der Versammlung ist notwendig.

Hamburg. Nahrungsmittelfälschung eng groß. Vor der Strafkammer IV des Landgerichts wurde der Wurstproben verhandelt, dessen Einleitung seinerzeit bedeutendes Aufsehen erregte. Unter Anklage des fahrlässigen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz standen nicht weniger als elf Wurstfabrikanten und Metzgereihändler nebst ihren Angestellten. Die Anfänge des Proesses reichen bis ins Jahr 1907 zurück, wo infolge unrichtigen Salzens im Betriebe des angeklagten Wurstfabrikanten Sch. aus Braunschweig 3000 Pfund Wurst acemischfähig wurden. Die Wurst wurde dann weiter nach Hamburg verkauft und dadurch, daß die Abnehmer ihre verdorbenen Ware an den Mann zu bringen suchten, machten sie sich des genannten Vergehens schuldig; die Wurst wurde teilweise auf Karren beschlagnahmt. Der Staatsanwalt beantragte gegen alle Angeklagte hohe Geldstrafen, die Urteilsverkündung wurde bis nächsten Donnerstag ausgesetzt.

Niel. In einer kolossal besuchten Versammlung, die Freitag abend im größten Lokale Nields, im „Englischen Garten“ stattfand, demonstrierte das Nieler Proletariat gegen den preussisch-deutschen Absolutismus. Das Lokal mußte, nachdem alle Tische herausgebracht waren, polizeilich abgesperrt werden. Genosse Adler hielt die Proletrede. Es wurde eine Resolution beschlossen, die als Grund des in Deutschland herrschenden Übels der preussisch-deutschen Absolutismus und die Knechtseligkeit der bürgerlichen Parteien erklärt, der Sozialdemokratie des Reichstages ihren Dank ausspricht und damit die Erwartung verbindet, daß die Sozialdemokraten im Reichstage, in den Landtagen und im Volke für die Machterweiterung der Befugnisse des Reichstages eintreten, und welche besonders nachdringende Forderungen aufstellt: 1. Ersetzung des Fürsten Bülow durch einen vom Reichstag vorzuschlagenden Reichskanzler. 2. Anerkennung des Grundgesetzes, daß Reichskanzler und Minister vom Willen des Reichstages abhängig sind und auf Wunsch des Reichstages verschwinden. 3. Erlass eines Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes. 4. Einbringung von Interpellationen zu jeder Zeit. 5. Änderung der Verfassung dahin, daß Kriegserklärung und Friedensschluß ohne Zustimmung des Reichstages unmöglich sind. 6. Erlass eines Reichsgesetzes, welches eine Frist für die Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Einzel-Landtage vorschreibt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bant. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung, den Gemeindevorsteher Brunt zu ersuchen, auch gegen den verantwortlichen Redakteur der Reichsverbandskorrespondenz Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, nachdem festgestellt worden ist, daß die „Wiesbadener Zig.“ dieser die verleumdende Notiz, Herr Brunt lasse sich für jede Gemeinderatsitzung 150 Mk. auszahlen und sehe dieses Geld sofort in der Rathhauswirtschaft in Bier um, einnehmen hat und nachdem die „Wiesbadener Zeitung“ die verlangte Entschädigung akzeptiert hat. Die Annahme einiger Parteiblätter, daß der Gemeinderat von Bant in seiner Sitzung unterlassen wolle, gegen die Reichsverbandskorrespondenz Strafantrag zu stellen, war eine irrige.

Bremen. Beseitigung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Die hiesigen Gewerbevereinsmitglieder beschäftigten sich in einer Versammlung mit der Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung. Der Verband deutscher Handlungsgesellschaften in Leipzig hatte beantragt, einen § 153 a. G.-D. zu schaffen, welcher befragt: „Den Arbeitgebern in Handel, Industrie und Gewerbe ist untersagt, Angestellte oder Arbeiter durch Verabredung, schwarze Listen oder Einrichtungen anderer Art, wegen ihrer Zugehörigkeit zu Berufsvereinen um ihre Einstellung zu bringen oder sie an der Erlangung einer neuen Stellung zu hindern. — Die Strafbestimmungen des § 153 der R.-G.-D. finden Anwendung.“ Die Arbeitgeber des hiesigen Gewerbevereins dagegen beantragten in einer im Oktober abgehaltenen Sitzung Streichung des § 153 der Gew.-Ordn. Die Unternehmer erbaten damals Zeit zur Überlegung; aus diesem Grunde wurde die Oktobertagung vertagt. Die

Arbeitgeber beifolger bekämpften nun auch in einer neuen Sitzung den § 153 als ein Ausnahmengesetz gegen Arbeiter, das Handlungen unter Strafe stellt, die nach dem ganzen umfangreichen Strafgesetzbuch straffrei sind. Die Unternehmer dagegen erklärten sich gegen die Streichung und ließen durchblicken, daß sie den § 153 aufrecht erhalten wissen wollen, so lange Tarifvereinbarungen nicht gesetzlichen Bestimmungen gleich erachtet werden und einzelvertragliche Abweichungen von den Tarifverträgen unmöglich gemacht sind. Der § 153 sei auch unentbehrlich, um die persönliche Freiheit (der Arbeitwilligen?) zu schützen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts machte einen Vermittlungsvorschlag, der dahin ging, den zweiten Absatz des § 153 G.-D. zu streichen. Dieser befragt, daß jedem Teilnehmer der Rücktritt von Vereinbarungen und Verabredungen freisteht und daß aus diesem Rücktritt weder Klage noch Einrede statthaft ist. Weiter schlägt der Vorsitzende vor, den § 153 so zu fassen, daß lediglich der „tatsächliche Mißbrauch“ des Koalitionsrechts getroffen werde. Die Unternehmer beifolger stimmten diesem Vorschlag zu. Die Arbeitgeber beifolger lehnten ihn ab und zwar mit der Begründung, daß der Begriff „tatsächlicher Mißbrauch“ des Koalitionsrechts allen Auslegungsräumen aufs neue Tür und Tor öffne, zur Nachteil der Arbeiter. In der Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung des § 153 mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt, der Antrag des Verbandes deutscher Handlungsgesellschaften mit 29 gegen 2 Stimmen (bei zwei ungültigen) ebenfalls abgelehnt. Das letztere Abstimmungsergebnis ist daraus zu erklären, daß auch die Arbeitgeber beifolger gegen den Schlusspassus des Handlungsgesellschaften-Antrages, der die Anwendung des § 153 auch auf Unternehmer vorzöge, stimmten, weil er ein zwar nur auf dem Papier stehendes Ausnahmengesetz gegen Unternehmer darstellte.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Ein Walzertraum“, Operette in 3 Akten von Oscar Strauß. Den ersten großen Erfolg erzielte unser Neues Stadttheater am vergangenen Sonnabend mit der Operette „Ein Walzertraum“. Leider! Der „Walzertraum“ kann in keiner Weise mit „Jar und Zimmermann“, „Wassenschmied“ und ähnlichen volkstümlichen Opern konkurrieren. Zumhoch steht Vorhänge Müßigkeit über dem Tonengelinde des Herrn Strauß. Aber das Publikum! Es findet Gefallen an all' den Weisen, die leicht tänzelnd die Luft durchfliegen. Und dann der Text. Er ist so trivial, daß keiner der älteren Librettisten, die zwar meist bemüht waren, komische Situationen mit manchmal recht derben Wortwippen zu vermengen, sich daran gewagt hätte. Man denke: Ein Duodez = Fürstentum, dessen Herrscher keinen männlichen Nachfolger hat, sucht für das Töchterchen Helene einen Gatten. Es findet denselben auch in der Person des schneidigen Wiener Husarenleutnants Nikolaus, der nur mit Widerwillen die Rolle des Bräutigams spielt. Schon vor der Hochzeit wird dem Leutnant die Sache zu bunt. Er hat keine Lust, das süßste Mad am Wagen zu sein und weigert sich deshalb, die Hoffnung des Landes, für einen Thronfolger zu sorgen, zu erfüllen. Noch in der Hochzeitsnacht verläßt Nikolaus sich in die Arme einer Wiener Damen-kavalle. Selbstverständlich ist das eine edle Dame. Und ihrem Vermögen gelangt es, den Bräutigam und die Prinzessin zusammenzubringen. Da der Text halb trivial, halb sentimental, die Musik im Walzertakt geschrieben ist, so fehlt dem Publikum nichts zu seiner Erbauung. Besonders, da auch die Ausstattung das Maß des hier üblichen weit übersteigt. Die Toiletten sind glänzend, die Dekoration ist so schön, wie man sie in Lübeck noch nie sah. Herr Haas spielte und sang den Bräutigam, Schade, daß die flotte Darstellung nicht durch etwas mehr Stimme unterstützt wurde. Famos war Hil. Klerwin als Franziskus Steinaruber. Im Empfindensstile gab Herr Fruchts den Fürsten und Herr Scholz den Vater des Fürsten, Grafen Lothar. Auch die übrigen Mitwirkenden verdienten den Beifall des Publikums, das sehr zahlreich erschienen war. Die Ausstattung an Kostümen und Dekorationen war, wie bereits gesagt, glänzend. Hoffentlich sind auch die anderen Vorstellungen nicht weniger zahlreich besucht als die Aufführungen des lustigen „Walzertraums“. Schön wäre es, P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 14. November.

Weizen, 115—128 Mfd. holl. 170—191 Mk. Roggen 115—125 Mfd. holl. 150—165 Mk. Gerste, nach Qualität 140—175 Mfd. Hafer, nach Qualität neuer 145—165 Mk. alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo

Hüftsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Sonntag, 15. November.

D. Svea, Kapl. Conson, v. Dornholm in 2 1/2 T.
D. Hamland, Kapl. Blomberg, von Lbo in 85 St.
D. Holland Kapl. Kollberg, von Kopenhagen in 14 St.
D. Glia, Kapl. Berthmann, von Wiborg in 4 T.
D. Wiborg, Kapl. Karstedt, von Wismar in 3 St.
D. Mammaia, Kapl. Fries, von Mithil in 4 1/2 T.
D. Stadt Lübeck, Kapl. Klingenberg in 50 St.
D. Gauthiod, Kapl. Nolengreen, von Stockholm in 50 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, 15. November.

D. Stralund, Kapl. Schröder, nach Stettin.
D. Sania, Kapl. Schmalfeldt, nach Vibau.
D. Elbe, Kapl. Klein, nach St. Petersburg.
D. Altona, Kapl. Höpner, nach Königsberg.
Anna Christine, Kapl. Hagelhem, nach Memelstadt.

Spieldplan der vereinigten Stadttheater

vom 17. bis 22. November.

Neues Stadttheater. Dienstag: Zur Nachfeier von Schillers Geburtstag: „Wilhelm Tell“. Mittwoch (Bußtag): Geschlossen. Donnerstag: „Walzertraum“. Freitag: „Margarete“ (Juni). Sonnabend nachmittag: „Minna von Barnhelm“ (Schiller-Vorstellung), abends: „Der Wassenschmied“. Sonntag nachmittag: „Die gelbe Gefahr“, abends: „Der Troubadour“.

Stadthallen-Theater: Freitag: „Sherlock Holmes“. Sonntag: Unbestimmt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“, und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Fowig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz-Lübeck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Große öffentliche Volksversammlung

am Sonntag, d. 22. November 1908, vormittags 11 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung: Der Zusammenbruch des persönlichen Regiments

Referent Reichstagsabgeordneter **G. Ledebour**-Berlin.

Freie Diskussion.

Die Einwohnerschaft Lübecks muß in Massen in dieser Versammlung erscheinen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Anschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtnis der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der lübschen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den **Mk. 3.00** oder broschiert Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von **Mk. 5.00** auf **Mk. 4.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteurs, Zeitungsaustägern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstraße 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Ausspielen
von
**fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch**
auf einem Ziehbillard
morgen Dienstag.

Anfang 10 Uhr morgens. — Einschlag 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
W. Jürss, Fleischhauerstr. 78.

Ausspielen
von fetten Gänsen, Karpfen und
Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Dienstag, den 17. November
Anfang 10 Uhr morgens. — Einschlag 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
Gottfried Matthiesen, Fischerstr. 67.

Panorama
Breitestraße 53 I., im Filial-
Reise des Afrikaforschers Frée zu den
**Indianern
Süd-Amerikas.**

Hansa-Theater
Variété I. Rang.
**Gastspiel Grete Sallus.
Automatus Cie.**
Die Erlebnisse eines Paars in
einer Automaten-Ausstellung.
Paul Coradini
u. das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon
Nr. 298.
Dienstag, 7 1/2 Uhr. Mittel-Preise!
Voll-Abonnement 46. Dienstag-Abonn. 7.
Zur Nachfeier von Schillers Geburtstag
Wilhelm Tell.
Mittwoch (Bußtag): Geschlossen.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnent. 47. Donnerstag-Abonn. 7.
Ein Walzertraum.

Oeffentliche Protest-Versammlung

aller in Brauereien und Bierniederlagen
beschäftigten Personen
gegen die geplante Brausteuer
am Mittwoch (Bußtag), den 18. November 1908
nachmittags 3 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Referent: Kollege Döllinger-Hamburg.

Kollegen, keiner darf in dieser Versammlung fehlen.
Vor der öffentlichen Versammlung präzis 2 1/2 Uhr findet eine Betriebsversammlung
der Vereinsbrauerei mit den beteiligten Vorständen und der Lokalkommission statt.
Tages-Ordnung: Der Lohnzins auf der Vereinsbrauerei.

Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell Lübeck.

Lichtbildervortrag

des Herrn Richard Laube-Leipzig:

„Im Steinkohlenbergwerk“
am Dienstag, den 17. November 1908
abends 8 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Der Vortrag wird erläutert durch ca. 100 farbige Nischenlichtbilder.
Eintritt 20 Pf.

Karten sind zu haben bei: G. Wittfoot, Hürke, J. Grünwald, Rottb. Str. 18, Schröder,
Lederstraße 3, Ludw. Klein, Hügelstraße 94, im Vereinshaus, Johannisstr. 46/52, in der Expedi-
tion des Lübecker Volksboten, sowie bei sämtlichen Kommissionsmitgliedern.

Die Kartell-Kommission.

Die Rentabilität der Straßenbahnen.

Während die auf den Güterverkehr hauptsächlich oder auch ausschließlich angewiesenen Transportgesellschaften unter dem gewerblichen Rückgang eine Verminderung ihrer Gewinne seit Mitte 1907 zu verzeichnen haben, konnten die dem Personenverkehr dienenden Straßenbahnen im Jahre 1907/08 durchschnittlich noch einen höheren Reingewinn und eine höhere Dividende erzielen als 1906/08. Für 53 Straßenbahngesellschaften, die zusammen ein Aktienkapital von 327,36 Millionen Mark repräsentieren, stellte sich der Reingewinn nach Abzug der Verluste, die vereinzelt Gesellschaften aufweisen, auf 28,35 Millionen Mark oder auf rund 9 Prozent des Aktienkapitals. Im Jahre zuvor hatte der Reingewinn für die nämlichen Gesellschaften nur 25,70 Millionen Mark oder 8 Prozent des Aktienkapitals betragen. Mit Verlust in Höhe von zusammen 1,35 Millionen Mark schlossen 5 Straßenbahngesellschaften unter den 53 berücksichtigten ab.

Nicht ganz im gleichen Grade wie der Reingewinn ist die Dividende gestiegen, da die Rückstellungen vor allem reichlicher ausgefallen sind als 1906/07. Eine Reihe Gesellschaften, die höhere Reingewinne auswiesen, verteilten gleichwohl nur dieselbe Dividende wie im Vorjahr. Zusammen ergibt sich für die 53 Gesellschaften im Jahre 1907/08 eine Dividendensumme von 21,19 Millionen Mark gegen 20,96 im Jahre zuvor. In Prozent des Aktienkapitals ausgedrückt stellte sich die Dividende auf 6,5 Prozent gegen 6,4 im Jahre 1906/07. Fünf Gesellschaften verteilten keine Dividende, weil sie mit Verlust arbeiteten, außerdem aber sind noch zwei vorhanden, die gleichfalls keine Dividende ausschütteten, jedoch bei 7 Gesellschaften die Aktionäre „leer ausgingen“.

Bei den übrigen 46 Gesellschaften gestaltete sich die Höhe der Dividende wie folgt; es verteilten 20 eine Dividende zwischen 2 und 5, 23 eine solche über 5 bis 10 und 3 eine Dividende von mehr als 10 Prozent. Von den Berliner Bahnen verteilten die größten die gleiche Dividende wie im Jahre zuvor, während die kleineren eine durchschnittliche Zunahme aufwiesen. In den übrigen Großstädten machte sich gleichfalls das Bestreben geltend, trotz höheren Reingewinns die Dividende nicht zu erhöhen, so z. B. in Magdeburg, Bremen, Posen, Danzig, Kassel, Straßburg. Höhere Dividenden als 1906/07 wurden verteilt für die Straßenbahnen in Stuttgart und Hannover. Von den drei Leipziger Straßenbahnen verteilte die größte mit zwölf Millionen Kapital eine gleich hohe Dividende wie 1907/07, während die beiden andern mit zusammen 7,25 Millionen Mark Kapital ihre Dividende erhöhten. Auch in Hamburg schüttete die Straßeneisenbahn-Gesellschaft mit 21 Millionen wie im Vorjahr 10 Prozent aus, während die Hamburg-Altonaer Zentralbahn 16 statt 14 Prozent verteilte. In Breslau zeigte sich allerdings bei der mit dem größeren Kapital ausgestatteten Gesellschaft eine Abnahme von 11 auf 10 Prozent, während die etwas kleinere wie im Vorjahr 6 Prozent gab.

Bei den Straßenbahnen in kleineren Städten bleibt ja die Rentabilität im allgemeinen sehr erheblich hinter der in Großstädten zurück. Immerhin aber hatten sie 1907/08 durchschnittlich mit einer merklichen Zunahme der Einnahmen zu rechnen, was sich aus der Bewegung ebensowohl des Reingewinns wie der Divi-

dendensumme ergibt. Auch die verschiedenen interlokalen Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wurden bisher, wie man wohl hätte erwarten sollen, nicht von dem Konjunkturrückgang in Mitteleuropa gezogen, verteilten vielmehr die nämliche Dividende wie im vorangegangenen Jahre.

Die Gewinne der Straßenbahnen könnten der Gesamtheit der Steuerzahler zugute kommen, wenn die Straßenbahnbetriebe in kommunales Eigentum übergeführt würden. Die Gewinne würden, wenn sie nicht Verwendung für andere kommunale Zwecke fänden, dazu dienen, die Straßenbahnbetriebe auszugestalten, damit die Anforderungen des Verkehrs mehr Berücksichtigung als bisher finden.

Warnung vor Südwest!

Aus dem Stavi-Minenbezirk erhält der „Vorwärts“ folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Schon seit längerer Zeit herrschen an der Stavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft Zustände, die wirklich das Interesse des Publikums erregen werden. An der Eisenbahn sowohl wie an der Mine sind mehr als die Hälfte der Handwerker, Streckenarbeiter und selbst ein Teil der höheren Beamten Nichtdeutsche. Es sind infolgedessen und auch wegen der sonst hier herrschenden traurigen Geschäftslage (sowohl Weiße (Deutsche) ohne Stellung, daß z. B. Windhuk die Hauptstadt des Schutzgebietes, voll davon ist. Wie diese Leute ohne Existenzmittel und bei den hier herrschenden teuren Lebensmittelpreisen ihr Dasein fristen, können Sie sich vorstellen, und dabei kommt fast mit jedem in Swakopmund anlangenden Dampfer noch Zugzug aus aller Herren Länder an, der sich für geringen Lohn anbietet, was die Kündigung älterer, hier ansässiger Landsleute zur Folge hat. Namentlich an der Stavi-Eisenbahn- und Minengesellschaft sind sehr viele Italiener, Spanier, Ungarn, Kroaten, Russen, Engländer, Holländer usw. angestellt, die meiner Ansicht nach als Arbeiter einem Deutschen an Nützlichkeit und Kenntnissen nicht überlegen sind, jedoch durch Protektion von ihren Landsleuten, die sich in besseren Stellungen bei diesen Gesellschaften befinden, bevorzugt werden.“

Fast jede Woche kommen Kündigungen, teils aus unbedeutenden Ursachen, teils aus Intrigen und Schwägerereien vor. Häufig haben solche Leute kaum 8—14 Tage gearbeitet und sind bei ihrer Entlassung nicht mal mit soviel Geld versehen, daß sie die von ihnen eingegangenen Schulden bei den Wirten und Geschäftsleuten bezahlen können.

Nicht einmal ein Freifahrtsschein wird ihnen gewährt und so können Sie fast alle Tage reisende Handwerksburschen die Strecke Swakopmund—Tsumeb (576 Kilometer) herauf- und herunterziehen sehen, von denen ein Teil vielleicht noch gezwungen ist, sich unterwegs von den angestellten Eingeborenen ihr karges Mittagessen zu erbitten!

Erst vor zwei Monaten wurde einem großen Teil der weißen Streckenwärter gekündigt. Es wurden dafür Schwarze angestellt.

Auch in anderen Betrieben und beim Kaufmannstande herrscht hier ein großer Überfluß an Arbeitskräften und stellunglose Handlungskommis sind hier stark vertreten.

Auf den Farmen werden meist nur Leute zur Aus-

bildung gesucht, die noch obendrein Geld dazu bezahlen müssen.

Viele mit dem Militärversorgungsschein versehene Leute, von denen ein Teil sogar den letzten großen Aufstand mitgemacht hat, werden von der Regierung übersehen und dafür Leute durch Protektion angestellt, die nie in ihrem Leben gedient haben.

Auch die von der Kolonialgesellschaft in Berlin hinausgeschickten weiblichen Dienstmädchen sollten nicht so leichtfertig Kontrakte unterschreiben, bevor sie sich nicht über die Verhältnisse genau orientiert haben. Wie oft kommt es vor, daß junge Mädchen nach drei bis vierwöchiger Arbeit ihre Stellung verlieren und was dann? Eine jede taugt nicht dazu, in den Hotels und Restaurants als Bar-mädchen zu figurieren, und der Schritt nach unten ist hier bald getan.“

Das sind die Fortkommensmöglichkeiten in dem Lande, das Herr Dernburg ein „Neu-Deutschland“ genannt hatte!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 14. Novbr. 1908.

162. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Bethmann-Hollweg. Die Besprechung der Interpellationen über Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krisis wird fortgesetzt.

Dr. Boehm (Wirtsch. Vgg.): Mit der Vorlegung von Not-Etats sind wir einverstanden, die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises und des Kohlenbaues wünschen wir dringend. Wir sind auch entschieden gegen die Massenverwendung ausländischer Arbeiter in der Industrie, besonders im Bergbau. Protektionen aber müssen wir gegen die Behauptung, daß die Schutzpolitik die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt. Vielmehr trägt die Sozialdemokratie mit ihrer Verheerung der Landarbeiter große Schuld an der Arbeitslosigkeit. (Stk. b. d. Soz.)

Frejski (P.): Ein Gesetz über Arbeitslosenversicherung vorzulegen, ist der Regierung zu schwierig. Ausnahme-gesetze macht sie im Handumdrehen. (Sehr gut! bei den Polen und den Soz.) — Die Empörung der Arbeiterschaft über die Vernachlässigung ihrer Interessen hat sich in dem Empfang gezeigt, der dem Prinzen Gisel Friedrich in Hamm zuteil geworden ist. Die größten Vorkommnisse haben auf der Zeche stattgefunden, auf der das gräßliche Unglück sich ereignet hat. — Der Staatssekretär klagte über Fort-arbeitermangel. Dagegen gibt es ein sehr einfaches Mittel, Halbwegs anständige Löhne und Gewährung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. (Sehr wahr! bei den Polen und den Soz.) Viele Landarbeiter sind durch trügerische Versprechungen in die weitaus Bergwerksbetriebe gelockt. Wir erachten die Arbeitslosenversicherung wichtiger, als die Invaliditätsversicherung. (Bravo! bei den Polen.)

Severing (SP.): Der Staatssekretär hat gestern sein Bedauern über die furchtbare Katastrophe bei Hamm ausgesprochen. In wohlthuender Weise hielt er mit seinem Urteil über die Ursachen zurück. Der preussische Handelsminister Delbrück dagegen hat nach Zeitungsmeldungen auf einer Konferenz in Hamm, zu der Arbeitervertreter nicht zugezogen waren (Hört, hört! b. d. Soz. und im Zentrum) von vornherein Zechenverwaltung und Betriebsleitung vor jeder Schuld freigesprochen. (Lauter erregte Zurufe b. d. Soz. Wie gewöhnlich!) Soll damit gesagt sein, daß die Toten die Schuld trifft, so protestiere ich im Namen der ganzen Arbeiterschaft gegen diese Beschimpfung (Stürmische Zustimmung b. d. Soz.) über die Stimmung der Arbeiterbevölkerung bei Hamm kann man sich aus den Berichten über den Empfang des Prinzen Gisel Friedrich unterrichten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch der Kollege Wiedberg, der sich unerkannt unter die Bergarbeiter gemischt hat, bestätigt mir, daß in der Ar-

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(17. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Elftes Kapitel.

Elisabeths Mitteilung an Pluth von der Ergreifung des Schmuckdiebes war in der Tat zutreffend, wenigstens insoweit, als es der Polizei überraschend schnell gelungen war, den Menschen ausfindig zu machen, von dem der „Apfel“ das Schmuckstück erhandelt hatte. Er hieß Franz Markworth, stammte aus Leipzig und war der Polizei als arbeitsloses und meist arbeitsloses Subjekt bekannt, das schon mehrfach mit den Gesetzen in Konflikt gekommen war. Ihm nachzuweisen, daß er den Schmuck nicht etwa gleichfalls gekauft, sondern selbst gestohlen hatte, war nun die nächste Aufgabe des Gerichts.

Das Gesicht des Untersuchungsrichters Hagenberg war an diesem Morgen in tiefe, nachdenkliche Falten gelegt. Mit den Händen auf dem Rücken ging er in seinem Amtszimmer auf und ab; welche eine schwere Verantwortung, welche eine spitzfindige Gedankenarbeit ruhte bei dieser Sache auf ihm! Seine hagere Gestalt schien sich zu krümmen unter der Last seiner Aufgabe!

Der bligende Schmuck, dessen Entdeckung die ganze Mordangelegenheit vielleicht in eine neue Phase leiten konnte, lag vor ihm auf dem Tische an der vergitterten Schranke, seine Wille daneben. Er blieb einen Augenblick stehen und betrachtete nachdenklich jenen stummen, glänzenden Zeugen einer furchtbaren Tat. Sodann ging er zum Fenster, öffnete bedächtig einen Flügel und steckte den sorgenschweren Kopf, soweit es die Eisenstäbe erlaubten, in die sonnige Morgenluft hinaus. Nach ein paar Atemzügen schloß er das Fenster wieder und murmelte vor sich hin: „So, nun kann's losgehen.“

Er drückte auf eine Glocke und befahl dem eintretenden Beamten, nachdem er ein wenig in den Akten geblättert hatte: „Zuerst führen Sie den Markworth — den Franz Markworth vor. Sind die Zeugen anwesend?“

„Sie befinden sich nebenan im Wartezimmer.“
„Gut. Also zunächst den Markworth vorführen.“ wiederholte Hagenberg noch einmal seinen Befehl.
Der Beamte verschwand, um bald darauf mit dem

Manne zurückzuführen, von dem der Untersuchungsrichter so bedeutsame Aufschlüsse erwartete. Mit verbissenem Ausdruck schaute Markworth zu Boden. Seine scharfen, eingefallenen Züge trugen den Stempel eines wüsten Lebens, aber auch die Zeichen des Kampfes mit dem Glend und den finsternen Mächten dieser Welt.

Auf die Fragen des Richters nach seinem Namen, seinem Geburtsort und Wohnort gab er in trozigem Tone Antwort, bei der Erwähnung seiner Vorstrafen suchte er halb höhnisch, halb gleichgültig die Achseln. Hagenbergs Gesicht verfinsterte sich mehr und mehr.

„Sie scheinen mir ordentlicher Leute Kind zu sein.“ sagte er.

„Wie sind Sie so weit gekommen?“

Ein erneutes Achselzucken war die einzige Antwort.

„Sie sind, — hier in den Akten steht, daß Sie früher Kaufmann waren, oder doch wenigstens Kaufmann werden sollten. Ist das richtig?“

„Ja wohl; ich war Lehrling in einem Geschäft.“

„Wo war das?“

„In Leipzig.“

„So, — in Leipzig. Und seit wann treiben Sie sich hier in Berlin herum?“

Markworth schwieg; der Ausdruck in seinem Gesicht wurde noch troziger. Als jedoch Hagenberg mit Nachdruck zu ihm sagte:

„Sie schaden sich nur, wenn Sie nicht offen antworten,“ warf er einen raschen Blick zu dem Untersuchungsrichter hinüber und begann von neuem zu sprechen.

„Ich habe seit drei Jahren hier in Berlin ein Leben geführt, das ich Ihnen 'mal eine Woche wünschen möchte; dann wollte ich 'mal sehen, wohin Sie kämen“, Herr Richter.“

„Soll ich Ihnen zeigen, wie sich ein Gauner gegen seine Richter zu benehmen hat?“ rief Hagenberg ihm drohend zu. „Ich warne Sie vor Unverschämtheiten.“

Um seine Erregung zu bemeistern, blätterte er wieder in den Akten, die vor ihm lagen. Dann sagte er: „Was haben Sie getrieben, seit Sie hier in Berlin sind?“

„Ich habe seit drei Jahren keine ordentliche Stelle mehr gehabt. Herumgeworfen worden bin ich von einem Plaze zum anderen, und auf dem nächsten lebte ich immer noch hundemäßiger, wie auf — —“

„Aber Ihre Vergangenheit sprechen wir noch weiter. Zu-

nächst antworten Sie mir jetzt auf die Frage: kennen Sie diesen Schmuck?“

Markworth warf einen scheuen Blick auf das bligende Geschmeide. „Ich weiß nicht,“ sagte er zögernd.

„Ich aber weiß, daß Sie diesen Schmuck an einen Mann, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen „der Apfel“ bekannt ist, verkauft haben. Es sind Zeugen vorhanden, die bei dem Verkaufe zugegen waren.“

„Nun, dann wird es ja wohl so sein,“ gab Markworth widerwillig zur Antwort.

„Gut. Sie gestehen also zu, diesen Schmuck verkauft zu haben. Wie sind Sie in seinen Besitz gekommen?“

„Ach — ich hatte ihn auch gekauft.“

„So, — gekauft? Und von wem?“

„Von einem Manne, mit dem ich in einer Kneipe zusammentraf.“

„Wie hieß der Mann?“

„Das weiß ich nicht.“

„Und die Kneipe?“

„Das weiß ich auch nicht mehr.“

„Aha, der große Unbekannte, wie er im Buche steht. Nun hören Sie mich an: dieser große Unbekannte ist mit meiner Nagis bereits einige hundert Male vorgeführt worden; ich kenne ihn also genau; so genau, um in jedem einzelnen Falle einen Eid darauf ablegen zu können, daß er nicht existiert und niemals existiert hat. Solange Sie mir also nichts Besseres zu sagen haben, solange bleibt an Ihnen der Verdacht hängen, diesen Schmuck gestohlen zu haben. Denn gestohlen ist er, wie sie vielleicht selbst am genauesten wissen werden.“

Einen Moment schien Markworth zu schwanken, dann aber setzte er seine trostige Miene wieder auf: „Ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesagt habe.“

Hagenberg reichte seine Gestalt in die Höhe. „Nun, dann will ich Ihnen etwas anvertrauen“, sagte er langsam, die einzelnen Worte betonend; „wenn Sie nicht in völlig überzeugender Weise angeben können, wie Sie zu diesem Schmuck gelangt sind, dann ruht nicht nur der Verdacht des Diebstahls auf Ihnen, sondern auch noch ein anderer, vielschwererer: Der Verdacht des Mordes!“

„Des Mordes!“ Markworth wurde totenbleich, taumelte einen Schritt zurück und sagte mit unwillkürlicher Bewegung an seinem Hals, als müsse er ersticken, „Das ist nicht wahr.“

beherzigt von Hamn und Umgebung durchweg der Beherzigtung die Schuld zugeschrieben wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum). Die Bemerkungen der freisinnigen Redner von gestern könnten mich bewegen, hier über den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise zu sprechen. Ich widerstehe aber der Versuchung und will hier nur soviel sagen: will man auf experimentellem Wege die Wahrheit der sozialistischen Theorien erproben, so gebe man uns doch Gelegenheit dazu. Aber man läßt hier ja nicht einmal sozialistische Stadträte und Schuldeputationsmitglieder zu, während jetzt in Australien das ganze Ministerium aus Sozialisten gebildet wird. Die Antwort des Staatssekretärs hat uns in keiner Weise befriedigt. Die Regierung denkt durchaus nicht ernsthaft daran, den inländischen Arbeitslosen den Vorzug vor billigen Ausländern zu geben. Wir wenden uns gegen die ausländischen Arbeiter natürlich nicht, weil sie Ausländer sind, sondern weil sie die Löhne drücken. Der Arbeitermangel in der Land- und Forstwirtschaft rührt von den miserablen Löhnen her. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Beweisführung des Staatssekretärs, daß die Krise nicht so schlimm sei, wie wir behaupten, sieht auf schwachen Füßen. Weder die Ausfuhr, noch die Krankenkassensysteme geben ein richtiges Bild und es ist auch fraglich, ob sie so interpretiert werden können, wie Herr von Bethmann das tat. Aber auch Kollege Pieper sieht die Lage noch zu optimistisch an. Er kann sich von den Arbeitervertretern in seiner eigenen Partei bestärken lassen, daß die diesmalige Krise die Löhne nicht weniger, sondern mehr gekürzt hat, als die Krise von 1901/02. Gemäß sind seit 1900 Lohnsteigerungen erreicht, aber sie haben nicht mit der Steigerung der Lebensmittelpreise Schritt gehalten. Amtliche Belege hierfür bieten u. a. die Darlegungen des statistischen Amtes in Straßburg. — Gefreut hat uns, daß gestern überall die Bedeutung der Gewerkschaften gerade für die Zeit der Arbeitslosigkeit anerkannt worden ist, und daß selbst der Redner der Konservativen nicht, wie Herr von Dierken das zu tun pflegt, auf die Gewerkschaften als „Decker“ gescholten hat. Die Gewerkschaften werden alles auf sich nehmen, um die Schädigungen der Krise zu beheben. Was aber tut das Reich? Es ist nicht wahr, daß es die Exportindustrie begünstigt. Unsere Handelspolitik erreicht vielmehr den gegenteiligen Erfolg. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Auch unsere Steuererleichterung bringt nicht unsere Industrie zum Aufblühen. Die geplante Tabaksteuer, die Gas- und Elektrizitätssteuer sind geeignet, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Unsere Minister informieren sich einseitig beim Zentralverband der Industriellen; der englische Minister John Burns informiert sich, indem er sich unter die Arbeitslosen mischt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dagegen drang hier bei den vorjährigen Arbeitslosenversammlungen die Polizei in das Verhandlungsraum des Metallarbeiterverbandes, um auf wehrlose Arbeitslose zu scharfen. — Wir verlangen Zentralisierung und Neutralisierung des Arbeitsnachweises, da die Arbeitsnachweise der Unternehmer zu Mitteln des Terrorismus und der Gefühnschneiderei geworden sind. Die Arbeitslosenstatistik ist nicht so schwärzlich, wie der Staatssekretär meint, und das statistische Amt arbeitet schneller, als es zugeben will. Die Regierung soll wenigstens anfangen, die Arbeitslosenversicherung in die Hand zu nehmen. Auch hier wie in dieser Frage ist Preußen nicht in Deutschland voran. In Bayern zieht die Regierung bei Städten und Gewerkschaften Erfundigungen über ihre Stellung zu einer Arbeitslosenversicherung ein. Die bayerische Regierung sieht diese Versicherung also nicht als utopisch an. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir verlangen die Arbeitslosenversicherung, sowie wir die gänzliche Änderung der wirtschaftlichen und der steuerpolitischen Gesetzgebung des Reiches verlangen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Bethmann: Hollweg protestiert dagegen, daß man der Regierung die Schuld an der furchtbaren Grubenkatastrophe zuschreibt. Die Regierung hat der Frage der Arbeitslosenversicherung die größte Aufmerksamkeit zugewandt; nach ihrer Überzeugung haben aber alle Vorschläge das Problem der Lösung nicht näher gebracht. Becker-Annberg (Zentr.) dankt der Regierung für die ergriffenen Maßnahmen und bittet, darin fortzufahren. Der Freihandel ist kein Universalmittel gegen Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokraten können das aus den Schriften ihrer Parteigenossen Schöpsel und Galber lernen. Dr. Gahn (K.): Die Arbeitslosenversicherung ist einseitig eine Prämie auf die Faulheit. (Anruhe b. d. Soz.) Viel besser ist, daß die städtischen Arbeiter auf das Land gehen. (Sehr richtig! rechts.) Gerade unsere bewährte Schutzpolitik verhindert, daß die Arbeitslosigkeit einen Umfang annimmt, wie in Amerika und England. (Lachen

b. d. Soz.) Wir Agrarier treten auch für Industriezölle ein. Einseitige Fanatiker des Bundes der Landwirte gibt es nicht. (Gr. Pitt. links.) Die Freisinnigen, die das bestreiten, tragen noch keine Eierchen an sich, die sie abstreifen müssen. (Hitt.) Die Arbeiter wollen unter sozialdemokratischem Einfluß nicht die Bedeutung des Kapitals und der Intelligenz anerkennen, die denken nur: Alles für unser Geld! (Hitt.) In den letzten zehn Jahren hat die Firma Krupp für ihre Arbeiter 12 Millionen aufgewendet. (Lachen bei den Soz.) Die deutschen Arbeiter verdanken ihre glückliche Lage (Lachen b. d. Soz.) unserer vaterländischen Wirtschaftspolitik. (Zuruf b. d. Soz.: Dem Brotmischer!) der Unternehmerrückfrage (langanh. Hitt. bei den Sozialdemokraten), der Arbeiterversicherungsgesetzgebung und unserer Peers, Flotten- und Kolonialpolitik. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Arbeiter haben Vertrauen zu ihrem Kaiser. (Sturm. Hitt. b. d. Soz.) Ich hätte das bewiesen, wenn ich nicht am Mittwoch krank gewesen wäre. (Schade! b. d. Soz.) Der glückliche deutsche Arbeiter erhöht seinen Fleischkonsum und ist billiger Brot! Das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist die Unterstützung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Bravo! b. d. Konf., Redner holt sich den Glückwunsch des Herrn von Hermann.)

Behrens (Wirtsch. Vag.): Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit. (Allgem. Zuit.) Redner tritt für Bodenreform, Verstaatlichung des Bergbaus, aber auch für Schutzzölle ein.

Goth ein (Frei. Vag.): Die Laten des sozialistischen australischen Ministeriums müssen erst abgewartet werden. Die Klagen über Landflucht sind nie verstummt, seitdem die Großgrundbesitzer die Bauern gelegt haben. Früher hat man sogar Prügel gegen die Landflucht angewandt (Hört, hört! links), ohne damit zum Ziele zu kommen. Solange das jetzige preussische Wahlrecht besteht, können wir in keine Verstaatlichung des Bergbaus willigen.

Saehse (Soz.): Herr Gahn sang einmal wieder, aber völlig ohne Sachkenntnis, ein Loblied auf die Kruppischen Wohlfahrtsanstalten. Die davon betroffenen Arbeiter denken anders darüber. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ferner sang Herr Gahn natürlich das Loblied der deutschen Sozialpolitik. Die Arbeiter nennen diese Politik kurz und bezeichnend Brotmischer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Einige Worte über die Grubenkatastrophe auf der Zeche Radob. Schon jetzt bemüht man sich unter Vorantritt des genügend bekannten Oberbergamts Meißner wieder, die ganze Schuld auf die Arbeiter zu schieben. Nun ja, Grubenverwaltungen tragen beinahe niemals Schuld. (Präsident Graf Stolberg bittet den Redner, sich mehr dem Gegenstand der Interpellation zuzuwenden.) Meine Vorredner haben sich auch über das Grubenunglück verbreitet. (Präsident Graf Stolberg: Das war unter meinem Amtskollegen.) Das Grubenunglück hängt mit der Arbeitslosigkeit zusammen, denn Hunderte von Arbeitern werden dadurch arbeitslos. Durch Anstellung von Arbeitskontrolleuren werde die Zahl dieser Unfälle stark eingeschränkt werden. (Bravo! b. d. Soz.) — Darauf vertagt sich das Haus. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Finanzreform und Steuererlege.) — Schluß: 4 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat das Gewerkschaftsamt in Karlsruhe dem dortigen Stadtrat folgende Vorschläge unterbreitet: Zunächst sind die Erdarbeiten für 2 im Frühjahr zu erbauende Schulhäuser schon jetzt in Angriff zu nehmen. Die Ausbesserungs- und Reparaturarbeiten in städtischen Betrieben, die regelmäßig im Winter ausgeführt werden, bieten auch jetzt Arbeitsgelegenheit. In den städtischen Gaswerken werden bei zunehmendem Gasverbrauch mehr Arbeiter benötigt, bei Neueinstellungen sind deshalb einheimische Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Auch haben jene Unternehmer, welche städtische Arbeiten ausführen, die einheimischen Arbeiter vorzuziehen. Eine dementsprechende Bestimmung ist in die Submissionsbedingungen aufzunehmen. Dringend zu empfehlen wäre in diesem Winter die Gewährung von städtischen Zuschüssen an die Gewerkschaften, zumal nachgemessen ist, daß die Karlsruher Gewerkschaften durch ihre Reize- und Arbeitslosen-Unterstützungen das städtische Innenbudget weitestgehend entlastet haben. Endlich ist die Ernährung armer Schulkinder während der Wintermonate in Erwägung zu ziehen. Außer diesen momentanen Aus Hilfsmitteln wird noch gefordert: 1. In den städtischen Etat ist alljährlich eine gewisse Summe für Notstandsarbeiten einzu-

auf Martworth und schüttelte ihn mit der Kraft eines Wahnsinnigen. „Verfluchter Hund!“ rang es sich aus seiner Kehle, „du Schänder meiner Ehre und Zerstörer meines ganzen Lebens!“ Ein wildes Singen entstand sekundenlang, bis es den Wärtern gelang, die ergrimmten Feinde zu trennen. Hagenberg hatte sich erhoben, und mit der Miene eines in seiner Würde schwer gekränkten königlichen Beamten betrachtete er stumm entrüstet diese Szene. Endlich fand er Worte. „Ich muß sagen, daß mit dergleichen — Widersehligkeiten — heillose Rohheiten — in meiner langjährigen Praxis in dieser Stunde zum erstenmal vor die Augen geführt worden sind.“ „Sie können nicht wissen,“ fuhr Richard, noch immer außer sich, fort, „was dieser Mensch hier auf der Seele hat.“ „Dafür ist er hier,“ unterbrach ihn Hagenberg trocken. Er machte eine kleine Pause, räusperte sich und fuhr dann müdevoll fort: „Sie scheinen also diesen Mann genau zu kennen, Claasen?“ „Jawohl,“ bestätigte der Maler, dessen Stimme noch immer vor Erregung bebte; ohne die Schmach, die ich um seinetwillen erlitten habe, wäre mein ganzes Leben anders geworden!“ „Ordnungsmäßig, wenn ich bitten darf, und ohne gefühlvolle Sentenzen,“ gebot Hagenberg mit wichtigem Amtsausdruck. „Woher kennen Sie diesen Menschen?“ „Aus meiner Heimat, aus der Bergangenheit. Ich war in demselben Geschäft, in dem er Lehrling war.“ „In welcher Stadt befand sich das Geschäft, und wie hieß Ihr Chef?“ „Normann hieß er; das Geschäft war in Leipzig.“ „Sie scheinen dort in ziemlich kampfbereitem Verhältnis zu einander gestanden zu haben, wie mir dieses eben klangvollendete, kühnliche Wiedersehen bewiesen hat. Claasen, welche Gründe haben Sie, Ihren einstigen Kollegen wütend anzufallen?“ „Er ist der Mann, für dessen Schuld ich zu leiden hatte,“ erwiderte Claasen voller Entrüstung. „Er war es, der mir das ohnehin verhasste Leben im Geschäft des Kaufmanns Normann noch unerträglich machte, indem er den Chef gegen mich anbrachte, wo er nur konnte. Und dann, — als die Unterdrückung dort geschehen war, — da hielt man mich für den Schuldigen, während er, — Gott im Himmel! — es, er allein war der Hauptschuldige!“

stellen; wird dieselbe in Zeiten guten Geschäftes ganges nicht benötigt, so soll ein Fonds für Notstandsarbeiten damit angelegt werden. 2. Das Projekt einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ist im Auge zu behalten; als Grundlage wäre das Genter bzw. Straßburger System zu wählen. 3. Die kommunalen Körperschaften sollten die Reichsregierung und den Reichstag um die Regelung der Arbeitslosenversicherung von Reich wegen eruchen. — Die Antwort des Stadtrats steht noch aus. Vorläufig soll mit Unterstützung des städtischen Arbeitsamtes eine Arbeitslosenzählung Anfang Dezember vorgenommen werden. Das Gewerkschaftsamt hat dabei hundert Zähler zu stellen.

Das Leipziger Gewerkschaftsamt fordert in einer Eingabe an die städtische Behörde Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Vornahme von Notstandsarbeiten und die Herbeiführung einer amtlichen Arbeitslosenzählung. Die Arbeitslosigkeit hat in Leipzig einen großen Umfang erreicht.

Gegen die Frauenarbeit auf Bauten richtet sich eine oberpolizeiliche Vorchrift, deren Erlaß von der bayerischen Regierung geplant ist. Zunächst wird die Zentralstelle für Handel, Gewerbe und Industrie, der auch Vertreter der Arbeiterorganisationen angehören, darüber gehört werden. Die Zentralinspektoren sprechen sich bis auf einen für die Einschränkung der Frauenarbeit aus, ebenso der medizinische Sachverständige Obermedizinalrat Dr. Grashen, der die Beschäftigung von Frauen auf Bauten mit Tragen von Mörtern, Stuck, Wasser, Steinen usw. für gesundheitsschädlich erklärt, der dabei erzielte Verdienst sei verhältnismäßig gering, welche zu einer entsprechenden Ernährung nicht ausreicht und bedinge die Gefahr der Unterernährung.

In den Verschmelzungsbestrebungen in der Lederindustrie. Vom Verband der Lederarbeiter liegt bereits das Resultat der Abstimmung vor, die am 25. Okt. über die Verschmelzungsfrage stattfand, vor. Von 7569 Mitgliedern haben sich 64,80 Proz. an der Abstimmung beteiligt. Von der Gesamtmitgliedszahl haben 48,66 Proz. für die Verschmelzung und 15,43 Proz. gegen die Verschmelzung votiert, während 0,71 Proz. ungültige Stimmen abgegeben haben. Von den Abstimmenden haben 75 Prozent mit Ja, 24 Proz. mit Nein und 1 Proz. ungültig gestimmt. Der Zentralvorstand bemerkt dazu in der „Lederarbeiterzeitung“: Da die von unserer Generalversammlung in Frankfurt a. M. angenommene Resolution Christlieb nur die Majorität der Abstimmenden verlangt, so haben sich also unsere Mitglieder in diesem Sinne für die Verschmelzung ausgesprochen, während die 48,66 Proz. der „Ja“-Stimmen nicht ausgereicht hätten, wenn die Hälfte der Mitglieder sich hätte dafür erklären müssen.

Die deutsche Strickerkonferenz, die erste, sagte, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, am 24. und 25. Oktober in Apolda. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des deutschen Textilarbeiterverbandes, Hübsch, Berlin. Es waren 22 Delegierte anwesend, die sich auf die Gaue Brandenburg, Schlesien, Sachsen-Erzgebirge, Thüringen, Süd (Württemberg) und Reichsheimlich verteilten. Auch zwei Arbeiterinnen waren unter den Delegierten, eine aus Berlin, die andere aus Wühlhausen. Einleitend hob der Vorsitzende hervor, daß der Zweck der Konferenz der sei, Mittel und Wege zu finden, wie der Schmutzkonkurrenz erfolgreich entgegengetreten werden könne. Er wies dann in seinen weiteren Ausführungen ganz besonders darauf hin, daß, wenn das in Angriff zu nehmende Werk von Erfolg gekrönt sein solle, es unbedingt notwendig sei, die Arbeiterinnen zur Mitarbeit heranzuziehen. Ausführlich wurde in der Diskussion die Lage der Strickerarbeiter behandelt und schließlich folgender Resolution zugestimmt: „Die am 25. Oktober 1908 zu Apolda tagende Konferenz aller Stricker Deutschlands erwählt allen Strickerorten, in Zukunft für die Lohnfrage eine tarifliche Regelung anzustreben. Bei allen abzuschließenden Tarifen sind folgende Richtlinien zu beachten: 1. Für alle Artikel sind auf allen Maschinen Grundlöhne zu vereinbaren mit entsprechenden Steigerungen. Die Steigerungen müssen berücksichtigen: a) die Größe; b) das Muster; c) Garnmaterial (Baumwolle, plattiert, Wolle, einfach oder zweifach); d) einfarbig, zweifarbig, mehrfarbig; e) für Spezialmaschinen sind Zuschläge zu fordern; 2. Extrararbeiten, Mustern sind im Zeitlohn zu bezahlen; 3. für Motormaschinen ist Zeitlohn zu verlangen; 4. ferner die unentgeltliche Lieferung der Nadeln zu verlangen. Zur Ausbahrung von Tarifen sind an allen Strickerorten, wo der Deutsche Textilarbeiterverband Mitglieder hat, Tarifkommissionen zu bilden, die ständig die Propaganda für das gesteckte Ziel zu treiben haben.“ Schließlich wurde noch fol-

Wieder überwältigte ihn der lobende Zorn; fast hätte sich Claasen zum zweitenmal an Martworth vergreifen, wenn die Beamten es nicht rechtzeitig verhindert hätten. „Zwei nette Jungens,“ sagte Hagenberg für sich; „sie könnten einander die Hände reichen.“ Jetzt wandte er sich wieder zu Martworth. „Sie sehen, daß Ihre Lügen sehr kurze Beine haben. Der Herr Claasen, den Sie nicht zu kennen behaupten, ist, wie wir soeben gesehen haben, ein recht genauer, alter Bekannter von Ihnen.“ „Muß ich denn gewußt haben, wer der Herr Claasen war?“ Er hieß früher anders, er hieß — „Brunn, ganz recht,“ fiel ihm der Untersuchungsrichter ins Wort. „Sie haben diesmal ausnahmsweise die Wahrheit gesagt. Claasen, wußten Sie, daß dieser Mensch in Berlin war?“ „Nein, ich habe ihn seit Leipzig nie wieder gesehen.“ „Nun, warten wir ab. Wir werden das alles schon herausbringen. Vorläufig haben wir festgestellt, daß Sie, Martworth, den Besitzer der Wohnung, in dem der Diebstahl und der Mord geschahen, aus früherer Zeit genau kannten. Wie leicht sind Ihnen auch noch andere Leute aus dem fraglichen Hause bekannt. Die Dienstmagd hat von einem Manne gesprochen, der am Tage des Mordes dort gebettelt hat; die Beschreibung könnte auf Sie stimmen. Rufen Sie einmal Riese Müller herein,“ fügte er, zu dem einen Beamten gewandt, hinzu. Es war, als wenn Martworth etwas sagen wollte. Er machte eine Bewegung mit der Hand, wie um den Beamten zurückzuhalten. Hagenberg beobachtete ihn genau. „Wollten Sie etwas bemerken?“ fragte er mit bedeutungsvoller Betonung. Einen Augenblick rang Martworth abermals mit sich, dann sagte er sein Trug. „Nein,“ antwortete er kurz. Die nun folgende Szene straffte ihn jedoch von neuem Lügen. Die Dienstmagd Riese trat, von dem Beamten geleitet, ins Zimmer. Sie war heute ganz mutig und sah aus, als ob sie sich vorgenommen hätte, durch fühle Unerschrockenheit ihre Unschuld an allen schrecklichen Vorfällen zu betätigen. Doch kaum hatte sie einen Blick auf Franz Martworth geworfen, als ihr rundes, rotes Gesicht den Ausdruck der Halbblütigkeit völlig verlor und den des namenlosen Schreckens annahm. (Fortsetzung folgt.)

gelder Antrag angenommen: Es wird in Berlin eine Tarifkommission für die Strickerbranche. Die Tarifkommission für die Strickerbranche. Die Tarifkommission für die Strickerbranche.

Die gefährliche Erntez. Es gibt zweifellos für einen Lohnknecht nichts Niederdrückenderes, nichts Schrecklicheres, als wenn er, der im Dienst eines Kapitalisten ergriffen ist, mit der Begründung: Wegen vorgerückten Alters entlassen wird, wenn er die Stätte verlassen muß, an der er ein Menschenalter nicht für sich, sondern für einen anderen geschafft hat.

Reichsverbandlerisches. Wegen Verleumdung des Reichsverbandes August Wertens in Altenburg war Genosse Direktor von der „Altenburger Volkszeitung“ vom Schöffengericht Altenburg zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden.

Das Grubenunglück in Westfalen.

Ein alter Bergmann, der bereits 25 Jahre in Gruben gearbeitet, äußert sich über das Grubenunglück: Seit Wochen habe ich ein solches Unglück befürchtet. Schon vor 14 Tagen habe eine Explosion stattgefunden; aber trotzdem sei nicht für die Wasserhaltung zur Verriegelung gesorgt worden.

Der Bergarbeiterverband hat die schlimmsten und ungeheuerlichsten Mißstände festgestellt können. Schlagwetter, schlechte Wetterführung, defekte Verriegelung, massenhafte Kohlenitabablagerungen. Abhilfe ist nicht eingetreten.

Der Profitwit die Krone aufgesetzt hat die Verwaltung der Zeche „Radbod“, indem sie am 18. November noch verblichener Arbeiterkündigung.

Bur Einstellung der Rettungsarbeiten. erklärte Handelsminister Delbrück, daß er nach den ihm erstatteten Berichten überzeugt sei, daß die Rettungsarbeiten in energischer Weise durchgeführt seien und daß kein Zweifel mehr darüber bestehen könne, daß sämtliche in der Grube eingeschlossenen Bergleute bereits gestorben waren.

Die Nachricht, daß die endgültige Unterwassersehung des Schachtes in Angriff genommen würde, indem eine Rohrleitung bis zur Lippe gelegt und von dort das Wasser durch Dampfpumpen bis zum Schachte gedrückt werden sollte, rief unter den Angehörigen der in der Grube befindlichen Verunglückten große Erregung hervor.

Einem peinlichen Eindruck machte es, daß ganze Scharen von Polizisten aus der Umgebung an der Unglücksstelle zusammengezogen wurden; teils wurden sie mit Automobilen dahin befördert.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe traf Sonnabend morgen abermals Gendarmerie und eine Polizeibatterie in Stärke von 10 Mann ein. Der Zeichenplatz wurde vollständig abgeperrt.

Einer der sechs Geretteten, der Steinhauer Pinkawa aus Goebel, gab folgenden knappen Bericht des Unglücks: Im Sumpferkerker, unweit der dritten Sohle arbeitend, vernahm ich plötzlich gegen 4 Uhr morgens eine ungeheure Detonation.

Aus dem Gerichtssaal.

Preussische Polizeivollstreckung unter gerichtlichem Schutz. Eine Polizeivollstreckung unter dem alten Vereinsgesetz kam dieser Tage vor dem Schöffengericht in Duisburg-Kuprort zur vorläufigen gerichtlichen Erledigung.

gelacht und eine einzelne Person hätten sprechen hören. Sie hätten aber nicht verstanden können, was diese Person gesagt habe. (1) Daraufhin seien sie bis in den Hausflur gegangen und hätten an der Zimmertür dann nur noch gehört, wie sich mehrere Personen im Zwiegespräch unterhielten.

Ein unverständliches Urteil. Aus Köln wird berichtet: Der 16jährige Laubbursche Klosterhalpen, der, angezogen durch die Lektüre eines Sherlock-Holmes-Romans, den 9jährigen Schulknaben Hammer in Stadtwald durch eine Schlinge erdrosselt hatte, wurde vom Schwurgericht zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Strandung des Militärluftschiffes. Die Fahrt des Militärluftschiffes „Gros 1“, daß am Mittwochabend in Berlin aufstieg, ist durchaus nicht harmlos verlaufen. Eine ungewollte Landung, die das Militärluftschiff in der Nacht auf dem Steinerer Pfaff unternahm, stellt sich nach den letzten Mitteilungen als eine gefahrlose Strandung dar.

Unter dem Verdacht des dreifachen Mordes ist in Berlin die 46 Jahre alte Witwe Johanna Schröder, geb. Schöppe, geschiedene Heidemann, verhaftet worden. Die Angelegenheit beschäftigt, wie wir in Berliner Blättern lesen, die Staatsanwaltschaft schon lange.

mit. Dieser soll nun in seinem Keller eine Flasche vergifteten Weines gefunden haben, die er früher aus Bitterfeld erhalten habe. Frau Schröder wird beschuldigt, ihm auf Umwegen diesen Wein als Probe von einem Weinreisenden in die Hände gespielt zu haben. Auf Grund der genaueren Ermittlungen und Vernehmungen wurden Frau Schröder und auch Keller nach ihrer Vernehmung vom Untersuchungsrichter in Haft genommen.

Ein furchtbares Drama am Sterbebette wird aus dem normannischen Städtchen Arentin gemeldet. Dort wohnte seit Jahren der alte Gemeinderat Tougard mit seiner Frau in einem abgelegenen Hause mitten auf den Feldern. Vor einiger Zeit wurde der Greis, der das 77. Lebensjahr überschritten hatte, krank, und seine Tochter sandte ihm ihr Dienstmädchen Marie Gérard, um ihn zu pflegen und nachts bei ihm zu wachen. Am Donnerstag nachmittag, als der Arzt die Familie bereits auf das Ableben des Greises vorbereitet hatte, hörte ein vorübergehender Tagelöhner Hilferufe aus dem Hause, eilte hinzu und sah das Dienstmädchen auf dem Flur der Treppe stehen und sich verzweifelte Mühe geben, die Tür des Zimmers zu versperren. In der Öffnung der Tür stand der Todranke mit einer Pistole in der Hand. Der Tagelöhner schütete sich vor der erhobenen Waffe, das Dienstmädchen suchte ihm zu folgen, wurde aber durch einen Schuss niedergestreckt. In diesem Augenblick kam Frau Tougard mit dem Tagelöhner zurück; sie trugen die Unglückliche in ein Zimmer, während der Greis, am Fenster stehend, die anderen ankommenden Familienmitglieder mit seiner Pistole bedrohte. Marie Gérard war inzwischen während der Abergführung ins

Hospital gestorben. Es kostete viele Mühe, in das Zimmer Tougard zu gelangen und dem Sterbenden die Pistole aus der Hand zu entwenden. Tougard ließ unzusammenhängende Worte hervor, die bewiesen, daß er seine schreckliche Tat in einem Fieberanfall begangen habe; er glaubte, das Dienstmädchen habe ihn vergiften wollen. Einige Minuten später laut Tougard auf seinem Lager zurück und starb bald darauf unter furchtbaren Halluzinationen.

Zusammenbruch einer Kreditkassa. In dem etwa 4000 Einwohner zählenden Städtchen Waffenhofen (Bayern) ist die Kreditkassa der Gesamtkommune zusammengebrochen. Den Zusammenbruch der Kasse verursachte die Kassenverwaltung, die ihr Amt sehr leichtsinnig verwaltete und immer aus dem vollen schöpfe. Bis jetzt haben infolge der Zahlungseinstellung fünf angelegene Geschäfte Konkurs gemacht, und eine Reihe weiterer Zahlungseinstellungen steht in Aussicht. Außer den Geschäftsleuten verliert eine große Anzahl armer Dienstmädchen und Arbeiter ihre Spargrößen. Da die Kassenverwaltung aus lauter frommen Leuten bestand, ist auch ein größerer Betrag an Kirchenermögen flüchtig gegangen. Die Besitzer von Anteilscheinen — meist kleine Leute — werden nun zur Zahlung herangezogen. Der Fehlbetrag beträgt etwa 180 000 Mk.

Große Unterschlagungen wurden auf dem Grenzzollamt Derbesthal entdeckt, und nachdem eine Untersuchung eingeleitet war, sind nun auch die Akten aus dem Zollamt gestohlen worden.

Explosion. Sonntag mittag explodierte in Zürich an der Jungfraubahn, an deren Fort-

setzung von Station Gismeer seit Monaten gearbeitet wird, das Hauptdyna mit Lager mit 80 000 Kg. Dynamit. Zum Glück war das Lager 40 Meter vom Haupttunnel entfernt an der äußersten Giege wand platziert, sodaß der Luftdruck nur Teile dieser Wand auf das Gieschereismeer hinunterwarf, ohne großen Schaden anzurichten. Immerhin wurde der ganze Berg in seinen Grundfesten erschüttert. Bis nach Grindelwald machte sich der Druck geltend. Aus der Taltiefe herauf sah man riesige Qualmwolken aus dem Berg herausströmen. Ein sofortiger Appell ergab, daß kein Arbeiter fehlte. Über den Materialschaden fehlen noch Nachrichten.

Seltener Unglücksfall. Die „Arb.-Zurztg.“ berichtet: Einem eigenartigen schrecklichen Unglücksfall ist unser Zeitungsgenosse, der Grubenarbeiter Lorenz vom Zurnklub Oberzeßlach zum Opfer gefallen. Er hatte seine blecherne Kaffeeflasche auf den Dampfkessel zum Heißmachen gestellt, ohne, leichtsinnigerweise, den Kork zu entfernen. Als er denselben lockern wollte und es ihm mit der Hand nicht gelang, versuchte er es mit den Zähnen. In diesem Moment wurde, durch den in der Flasche entstandenen Dampf, der Kork herausgeschleudert und der ganze kochende Inhalt ergoß sich dem Bedauernswerten tief in Mund und Hals. Auf dem Wege nach dem Altenburger Krankenhaus ist Lorenz, der im 19. Lebensjahre stand, seinen Verletzungen erlegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Dankfagung.

Für die in so reichem Maße bewiesene Teilnahme bei dem herben Verlust meines lieben Mannes, insbesondere Herrn Pastor Schütte für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen, sowie dem Fabrikarbeiter-Verband von Schlutup, Radfabriker-vereinen von Kücknis und Seereg und allen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, hiermit allen unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.
Franz W. Krause Ww., geb. Arp. Serrenhof.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, insbesondere Herrn Pastor Govers für seine trostreichen Worte am Sarge, den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes sowie seinen Mitarbeitern unsern tiefgefühlten Dank.
Elise Strothmann Ww. und Kinder.

Allen denen, die unserer einzigen Tochter die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Hänfel für seine trostreichen Worte sagen hiermit unsern besten Dank.
Konr. Fischer und Frau.

Besten Dank den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen u. den Lithographen u. Stein-druckern der Lubecawerke für den überaus reichhaltigen Kranzspende.
Ww. Schrader.

Eine kleine Wohnung zum 1. Januar zu vermieten. Preis 150 Mk.
Näheres Obertrave 46, I, 2.

Zum 1. Januar 1909 eine Parterre-Wohnung zu vermieten.
Lohberg 2.

Tüchtiger Schneidergeselle gesucht.
Martin Fühbör, Fleischhauerstr. 46.

Schöne helle Gangbude für 1600 Mk. sofort zu verkaufen. Anzahl. 500-400 Mk. Näheres in der Expedition.

Zu verkaufen ein neues Bett 30 Mark, ein gebrauchtes Bett 20 Mark.
St. Annenstr. 12, I. Etage.

Verloren eine Korallen-Brosche am Sonntag, den 8. November im Vereinshaue. Bitte gegen Belohnung abzugeben.
Rückingstr. 24, I.

Familienfeierhalber bleibt mein Geschäft am Dienstag, den 17. Nov., von 12 Uhr mittags an geschlossen.
L. Wittfoth, Beckergroße 93.

Am Dienstag, den 17. November, ist meine Wirtschaft wegen Familienfeier geschlossen.
H. Schultz, Arminstr. 7.

Auf **Holzschuhe** nehme Bestellungen entgegen.
Paul Mehnert, Gr. Burgstraße 53.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel lassen Sie billig und recht bei:
Markt Otto Albers Kahlitz.
4. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk. 00 Rote Lubeca-Marken. 00

Bis morgen Dienstag mit **prima jungem Fleisch** sowie ganz vielen Blumen in der Markthalle.
Hermann Dose
Gudenstraße 62. Markthallenstand 1.



Vielfach ärztlich empfohlen!
Porter, Doppel-Malz, Braun-, Malz- od. Ammenbier
à Fl. 30 Pfg. Fl. 10 Pfg. Fl. 10 Pfg.
12 Fl. 3 Mk. von hervorragender schöner Qualität, Reinheit garantiert.
Keinerlei Verwendung irgendwelcher Malzsurrogate!
Flemmings Malzextrakt
hell, lieblich schmeckend, schnellste Wirkung bei Husten und Heiserkeit, à Glas 75 Pfg.
Bezug der Biere durch einschlägige Geschäfte, des Malzextrakts durch alle Apotheken und Drogenhandlungen und die **Brauerei Paul Flemming, Engelsgrube 62.**

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probepublikation vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Der **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1909
ist in bekannter reichhaltiger Ausstattung erschienen und zum Preise von 40 Pfg. zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Horch!

Von köstlichen Wohlgeschmack und hervorragend in Qualität sind die beiden Margarine-Marken „**Siegerin**“ und „**Mohra**“ sie gleichen feinsten Molkeributter vollkommen!
Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Geflügelzucht-Verein St. Lorenz.
II. große allgemeine Geflügel-Ausstellung am 17., 18. und 19. November in sämtlichen Räumen des **Konzerthaus Flora.**
Geöffnet: Dienstag, den 17. November, von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Mittwoch, den 18. Nov. (Ruhtag) von 11 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Donnerstag, den 19. November, von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Eintrittspreis: Für Erwachsene am ersten Tage 50 Pfg., an den folgenden Tagen 30 Pfg. Kinder unter 14 Jahren die Hälfte.

Urteil.
In der Privatklagesache des Schlossermeisters Karl Hillewerth in Schwartau, Privatklägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Wittern, Heintz, Mollwo, Otto Schorer in Lübeck, gegen den Arbeiter Hermann Nechlsen in Rensfeld, Schnoorstraße, Angeklagten, wegen Verleumdung, hat, auf die von dem Privatkläger gegen das Urteil des Schöffengerichts zu Schwartau vom 17. September 1908 eingelegte Verurteilung, die zweite Strafkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstentums Lübeck zu Lübeck in der Sitzung vom 30. Oktober 1908, an welcher teilgenommen haben:
1. Landgerichtsdirektor Kunde,
2. Landrichter Fehling,
3. Landgerichtsrat Driever, als Richter, Gerichtsschreibergeselle Wellbrock, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt:
Auf die Verurteilung des Privatklägers wird das angefochtene Urteil aufgehoben und anderweitig dahin erkannt:
Der Angeklagte wird wegen Verleumdung des Schlossermeisters Hillewerth in Schwartau auf Grund der §§ 186 und 200 St.-G.-B. in eine Geldstrafe von dreißig Mark, in dem Falle, daß diese nicht beigetrieben werden kann, in eine Haftstrafe von drei Tagen und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.
Dem Verurteilten wird die Befugnis zugesprochen, den verhängten Teil des Urteils einmal innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Urteils im „Lübecker Volksboten“ und im „Lübecker General-Anzeiger“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.
Für richtige Abschrift Der Rechtsanwalt Dr. Wittern.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, arbeit. Hühnenstr. 18

Uhrreparatur einsetzen 1.50 Mk. Taschenuhr reinigen 1.50 Mk. (Jahresgarantie).
Ernst Gentzen, Uhrmacher, Kühlenstraße 62, b. d. Hühnenstraße. Gebe rote Rabatmarken.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meierei-Butter kostet Pfd. 1.40 Mk.

Joh. GOY, Königstr. 61. Telefon 115. Markt- hallenstand 46.
Dienstag frisch eintraffend: Seelachs, Rotzungen, Schellfische, Kahlbäu, Schollen, Hamburger Stint Pfd. 10 Pfg., große ausgesuchte Pfd. 20 Pfg., leb. Holst. Karpfen, Brachsen, Schleie, Hechte. Dienstag ist die Markthalle auch abends von 5-8 Uhr geöffnet.

Restaurant Zur ewigen Lampe 5 Johannisstrasse 5.
Muspielen von Gänzen, Karpfen und Rauchfleisch am **Dienstag, 17. Novbr.** Anfang 10 Uhr morgens. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein **Heinr. Luckmann.**